

---

## K I N D E R S C H U T Z G I P F E L

---

Vier Tage im Zeichen des Kampfs gegen Missbrauch - Eine Bilanz	2
Vatikanexperte: Antimissbrauchs-Gipfel brachte Paradigmenwechsel	3
Elbs: Missbrauchsprävention auch in Österreich ständig verbessern	4
Ordensoberinnen: Ergebnisse des Anti-Missbrauchsgipfels umsetzen	6
Ordensobere bekennen Versagen im Umgang mit Missbrauchsfällen	6
Kinderschutz: Ordensobere für Reform der Ausbildung Geistlicher	7
Missbrauch: Journalistin fordert von Bischöfen mehr Transparenz	8
Kirchenjurist: Kirchliche Strafrechtsreform vor dem Abschluss	8
Jurist: Kirchenrecht enthält schon Lösung für Missbrauchsproblem	9
Schweiz: Kirche verschärft Anzeigepflicht bei Missbrauch	10
New Yorkerin fordert 300 Millionen Dollar wegen Missbrauchs	11
Gericht spricht Priester acht Jahre nach Missbrauchsurteil frei	12

---

## I N L A N D

---

Salesianer-Generaloberer: Anti-Missbrauch-Gipfel war ein Erfolg	12
Studientag der Ordensfrauen: Wie tickt Jugend?	14
Wien: Ordensspitäler betreuten im Vorjahr über 481.000 Patienten	15
10. Todestag von Hospizpionierin Teuschl: "Wegweiserin für viele"	16
Landau fordert gesetzliche Absicherung der Palliativmedizin	17
Mediziner Huber: "Sterbende nehmen mehr wahr als wir annehmen"	18
Orden kritisiert "zynische Politik des Westens in Syrien"	20

---

## A L S V O R S C H A U G E L A U F E N

---

Fastenzeit: Karmeliten laden zu Online-Exerzitien ein	21
Kirchenzeitungen: Siebenteilige Fastenserie von Melanie Wolfers	21
Marienschwestern unterstützen Fastenwillige mit App	23
Amazonien-Synode findet vom 6. bis 27. Oktober statt	23

---

## A U S L A N D

---

Kurienkardinal bestätigt Vatikanrichtlinie für Priester als Väter	24
Mord an Kräutler-Mitarbeiterin: Auftraggeber kommt wieder in Haft	24
Ordensvertreterin in Brüssel für mehr Miteinander in Europa	25
Papst bestätigt vereinbarte Ausrichtung des Jesuitenordens	26
Jesuiten fordern Nationalen Dialog in Haiti	26
Steyler Missionar: China verschärft Kontrolle über Katholiken	27
Papst ernennt Nachfolger für zurückgetretenen Abteilungsleiter	27
Litauen: Jesuiten-Erzbischof tritt mit 57 vom Bischofsamt zurück	28
Koptische Kirche gegen Todesurteile für Bischofsmörder	28

---

## K I N D E R S C H U T Z G I P F E L

---

### Vier Tage im Zeichen des Kampfs gegen Missbrauch - Eine Bilanz

**Nach dem 24. Februar kann keiner in der katholischen Kirche mehr behaupten, Missbrauch gehe ihn nichts an - Das wesentliche Ergebnis des Gipfeltreffens ist vielen viel zu wenig - Geplante Maßnahmen müssen sich erweisen - Von Kathpress-Korrespondent Roland Juchem**

Vatikanstadt (KAP) Was soll das Ganze bewirken? Anfänglich übergroße Erwartungen an das weltweite Gipfeltreffen zu Missbrauch und Kinderschutz in der katholischen Kirche waren zuletzt arg heruntergeschraubt worden. Das Ziel des Papstes, "nur" ein gleiches Bewusstsein für den Skandal des sexuellen Missbrauchs an Minderjährigen zu schaffen, stieß bei nicht wenigen auf Empörung.

"Das ist ein weltweites Problem! Welchem Bischof muss das noch erklärt werden?", so Denise Buchanan aus Jamaika. Als eine Vertreterin des internationalen Netzwerks "Ending Clergy Abuse" (ECA) demonstrierte sie mit bis zu 40 weiteren Betroffenen auf den Plätzen rund um den Vatikan für "Null Toleranz" in Sachen Missbrauch.

Seit Donnerstag hörten - und sahen - die 190 Bischöfe und Ordensobere vier Tage lang Zeugnisse von Opfern, lauschten Referaten, berieten in Arbeitsgruppen, bekannten in einem Bußgottesdienst das Versagen der Kirche und hörten eine grundsätzliche Rede des Papstes.

Dass am Sonntagmittag, fast drei Stunden nach Ende des Treffens erst, der Vatikan weitere konkrete Schritte bekanntgab, kam für die Teilnehmer so überraschend wie für die Öffentlichkeit. Erwartet worden waren sie bereits in der Schlussrede des Papstes, Platz darin wäre gewesen. Die Reaktionen von Betroffenen-Verbänden wie ECA und BishopAccountability.org zu Papstrede und angekündigten Maßnahmen zeugen von Enttäuschung.

Dennoch lassen sich rückblickend vier wesentliche Ergebnisse des Treffens festhalten: Erstens galt es, gemeinsame existenzielle Betroffenheit zu wecken. Nur dann kann der Kampf gegen Missbrauch zu einem "Herzansliegen" werden, wie Hans Zollner, Mitglied der Päpstlichen Kinderschutzkommission, es fordert. Am Sonntagnachmittag sieht Zollner, sichtlich übermüdet, dieses für ihn wichtigste Ziel erfüllt.

Als am Freitagabend eine rund 50-jährige Frau den Kirchenoberen ausführlich berichtet,

wie ein Priester sie als Kind über fünf Jahre hinweg vergewaltigte, sie zu drei Abtreibungen zwang und den Rest ihres Lebens zerstörte, war dies einer der bedrückendsten Momente des Treffens. "Dieser Gipfel hat uns wirklich verändert. Da ist etwas mit uns passiert in dieser Aula!", sagt die nigerianische Ordensobere Veronica Openibo. Nach dem 24. Februar 2019 jedenfalls kann keiner mehr behaupten, er habe den Schuss nicht gehört.

Dass auch der Papst erst spät viel dazugelernt hat, wurde in der Aula auch thematisiert, von Schwester Veronica wie auch der mexikanischen Journalistin Valentina Alazraki. Überhaupt werteten Beobachter wie Teilnehmer der Konferenz die Referate dieser beiden Frauen als die stärksten. Was die Jugendsynode schon andeutete: Je diverser die Redner bei solchen Treffen, desto fruchtbarer das Gesprächsklima.

Ein zweites Element war die wiederholte Forderung, bestehende Regelungen konsequent anzuwenden - inklusive der Verpflichtung, mit staatlichen Stellen zu kooperieren. Wer von den Bischöfen da bisher unsicher war, soll in Kürze ein "Vademecum" erhalten, das Schritt für Schritt erläutert, wie bei Missbrauchsverdacht sowie Prävention vorzugehen ist. Kirchliche "Task-Forces" dazu sind angekündigt, warten dem Vernehmen nach auf das "Go" von oben.

Weiterreichende Vorschläge umfassen die Kardinal Marx' Forderung, das "Päpstliche Geheimnis" bei Missbrauchsermittlungen nicht mehr gelten zu lassen. Eine Kontrolle von Bischöfen durch Metropolitan-Erzbischöfe oder gemischt besetzte Aufsichts- und Beratungskommissionen sind weitere Vorschläge. Generaloberin Openibe schlägt eine radikale Reform der Ausbildung von Priester- und Ordensnachwuchs vor.

Die vielzitierten Begriffe Zölibat und Homosexualität fallen zwar hier und da, sind aber kein bestimmendes Thema. Weder das eine noch das andere stehe in direktem Zusammenhang mit Missbrauch, betonen Teilnehmer.

Schließlich sollte das Treffen Mut machen, sich dem Thema zu stellen. Etliche Bischöfe seien wie gelähmt, wenn sie damit konfrontiert werden, so Erzbischof Scicluna. Hinzu kommen Länder, in denen Behörden das Thema Missbrauch zur Verfolgung der Kirche ausnutzen.

Die Außenwirkung des Treffens indes erlitt einige Stolperer. Ohne sie wäre das Treffen wohl wirksamer und glaubwürdiger gewesen. So durften Opfer-Verbände nur am Rande des Treffens auftreten. Eine kurze persönliche Begegnung mit Franziskus, ein kurzes Statement vor der Vollversammlung hätten Gemüter beruhigt.

Auch hatte Franziskus zu Beginn konkrete Schritte gefordert; in seiner Abschlussrede blieb er im Grundsätzlichen. Die prompte Kritik

in etlichen Medien bestätigt den Widerspruch. Die drei Stunden später bekanntgegebenen nächsten Schritte fingen das nur wenig auf.

Was das veränderte Bewusstsein bewirkt, muss sich vor Ort zeigen. "Entscheidend is' auf'm Platz", heißt es beim Fußball. Die Plätze der Kirche sind die Diözesen, Ordensgemeinschaften, Pfarren, Schulen - und die Kurie selber.

Ein angekündigtes Motu Proprio etwa ist angeblich seit zwei Jahren so gut wie fertig. Es beinhaltet nichts anderes als jene Richtlinien, die die Bischofskonferenzen weltweit längst haben fertigstellen müssen, dieses Mal für den Vatikanstaat und die Diözese Rom.

## Vatikanexperte: Antimissbrauchs-Gipfel brachte Paradigmenwechsel

**Journalist Politi in Ö1-Sendereihe "Klartext": Mit verpflichtender Teilnahme aller Bischofskonferenzen habe Papst auch jene Bischöfe, die Thema sonst gerne unter Tisch kehren, zu einer Auseinandersetzung damit verpflichtet - Opferschutzanwältin Klasnic: Vertuschung in Österreichs Kirche kaum mehr möglich - Männerorden-Vorsitzender Haidinger: "Großes Vertrauen, dass konkrete Schritte gesetzt werden"**

Wien (KAP) Aus Sicht des italienischen Vatikanexperten und Journalisten Marco Politi hat Papst Franziskus mit dem jüngsten Antimissbrauchs-Gipfel im Vatikan einen "echten Paradigmenwechsel" vollzogen. Vor dem Hintergrund ans Licht gekommener Missbrauchsfälle in den vergangenen Jahren habe der Papst erkannt, "so kann es nicht weitergehen", äußerte sich Politi am Mittwochabend in der Sendereihe "Klartext" auf Ö1. Auch wenn dem Gipfel bisher noch keine konkreten Vorschriften folgten, so habe er die Vertreter der Bischofskonferenzen doch dazu verpflichtet, sich dem Thema zu stellen. Ob den Worten nun auch konkrete Taten folgen werden, müsse sich in den nächsten Wochen und Monaten zeigen.

Einen Meilenstein habe der Gipfel aber bereits jetzt gesetzt: Viele der geladenen Bischöfe seien zum ersten Mal direkt mit Opfer-Erzählungen konfrontiert worden, was nach Einschätzung des Experten zu einer Sensibilisierung gegenüber dem Thema Missbrauch in der Kirche beigetragen habe.

Dass es allerdings über Nacht zu umwälzenden Reformen kommt, glaubt der Vatikan-Experte nicht. Die Kirche gleiche einem Staatsgebilde, "wenn man da Reformen durchbringen will, muss man die Leute, die Bischöfe in

verschiedenen Ländern überzeugen", sagte Politi. Die Kirche habe den Missbrauch betreffend viele "Leichen im Schrank" und eine große Mehrheit der Bischöfe keinen Drang, diesen Schrank zu öffnen. Der Vatikanexperte sprach von einer regelrechten "Schlacht" innerhalb der Kirche, aber nicht nur was den Umgang mit Missbrauch angeht, sondern auch in Fragen des Zölibats oder hinsichtlich einer Priesterweihe von Frauen. In den vergangenen Jahrhunderten habe sich kein anderer Papst einer derart massiven Opposition gegenüber gesehen, wie Franziskus heute.

Positiv bewertete der Journalist die Bemühungen im Umgang mit Missbrauchsfällen vor allem in den Kirchen des deutschsprachigen Raumes, die seit Jahren entsprechende Strukturen förderten und Ansprechstellen für Opfer entwickelt hätten.

### Papst für absolute Null-Toleranz

Der Papst selber habe sich für eine absolute Null-Toleranz gegenüber Missbrauch ausgesprochen und dem prompt auch Taten folgen lassen. Politi erinnerte etwa an den Fall des früheren US-Erzbischofs und Ex-Kardinals Theodor McCarrick, den Franziskus zuletzt strafweise in den Laienstand zurückversetzt hat. Diese Art von

Aufklärungspolitik müsse nun in die ganze katholische Welt transportiert werden.

Politi sprach sich auch dafür aus, Dokumente zur Missbrauchsfällen in den Archiven des Vatikans offen zu legen und Opfer, die oftmals über die Vorgehensweise gegen ihre Peiniger im Dunkeln tappen würden, diesbezüglich besser zu informieren. Notwendig sei außerdem eine Anzeigepflicht an die zivile Justiz, sofern das Opfer einverstanden ist. Das bedeute einen Bruch im Umgang mit Missbrauch in der Kirche. Enttäuscht zeigte sich Politi über ein fehlendes Abschlussdokument nach dem Antimissbrauchs-Gipfel, das die anwesenden Bischöfe zur Umsetzung von Maßnahmen verpflichtet. Er hoffe allerdings, so der Journalist, dass dies in den nächsten Wochen nachgeholt wird.

### **Haidinger: Vertrauen in konkrete Schritte**

Dass aus den Beratungen beim internationalen Kinderschutztreffen ein konkretes Konzept entstehen wird, davon zeigte sich P. Christian Haidinger, Vorsitzender der Superiorenkonferenz der Männerorden, überzeugt. "Daran wird jetzt gearbeitet, da habe ich großes Vertrauen, dass konkrete Schritte gesetzt werden." Eine Garantie, dass das in allen Ländern der Welt Punkt für Punkt umgesetzt werde, gebe es freilich nicht.

Klar ist für Haidinger auch, dass sich in der Ausbildung und Auswahl von Priestern und Ordensleuten etwas ändern müsse. Ein Patentrezept habe er zwar nicht, als hilfreich hätte sich aber etwa die Bestimmung erwiesen, dass jeder Anwärter ein psychologisches Attest vorweisen müsse. In der Benediktinerkongregation sei dies seit 2010 vorgeschrieben.

### **Aktuelle Krise auch Chance**

Die aktuelle Krisenstimmung in der Kirche nimmt die Unabhängige Opferschutzanwältin Waltraud Klasnic zugleich auch als Chance wahr, die beispielsweise in Österreich vor neun Jahren ergriffen worden sei. 2010 habe sich Kardinal Christoph Schönborn mit der Bitte an sie gewandt, die Opferanwaltschaft zu übernehmen. Das habe sich dann auch getan, allerdings nur unter der Auflage, nicht weisungsgebunden zu sein, denn in erster Linie gelte ihre Sorgen den Opfern, betonte Klasnic. Seither gibt es in Österreich mit der Unabhängigen Opferschutzanwaltschaft eine Anlaufstelle, an die sich bisher etwa 2.000 Menschen gewandt hätten. Klasnic gab allerdings auch zu bedenken, dass nur rund 1,5 Prozent aller Missbrauchsfälle in Österreich die Kirche oder andere Religionsgemeinschaften betreffen.

Die Weichenstellungen in Österreich machten eine Vertuschung von Missbrauchsfällen in der Kirche kaum mehr möglich. Nennt ein Opfer einen Namen, werde das zunächst geprüft und dann an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. "Da kann nichts mehr vertuscht werden", ist Klasnic überzeugt.

Zu Wort kam in der Sendung auch der Missbrauchopfer und Buchautor Kurt Bauer. Die Kirche habe Vertrauen eingebüßt und "das ist nicht einfach so wiederzuholen, nur weil jemand sagt, machen wir neue Strukturen", sagte Bauer. Auch er habe kein Vertrauen mehr zur Kirche in ihrer jetzigen Form. Von der Kirche wünscht er sich mehr Unterstützung für die Opfer und ein Öffentlichenmachen der Täter.

## **Elbs: Missbrauchsprävention auch in Österreich ständig verbessern**

**Vorarlberger Bischof: Vatikanischer Anti-Missbrauchsgipfel kann "nur ein Anfang auf ganz breiter Basis sein" - Frauenorden-Präsidentin Mayrhofer: Wunsch nach eigener Ombudsstelle für Ordensfrauen - P. Mertes: Fokussierung auf Papst als "Lichtgestalt an der Spitze" ist Teil des Problems**

Feldkirch-Salzburg-Wien (KAP) Wenn ab morgen im Vatikan Vertreter der Weltkirche über das Thema Missbrauch und Missbrauchs-Prävention debattieren, dann kann dies letztlich "nur ein Anfang auf ganz breiter Basis" sein - die eigentliche Arbeit der Prävention muss dann vor Ort in den Diözesen, Pfarren und kirchlichen Einrichtungen geschehen. Das hat der Feldkircher Diözesanbischof Benno Elbs in einem Interview mit der

"Neuen Vorarlberger Tageszeitung" am Mittwoch betont. In Österreich sei man beim Umgang mit Missbrauch und möglicher Prävention bereits auf einem guten Weg - aber "auch wir müssen uns ständig um noch bessere Präventionsmaßnahmen bemühen", so Elbs, der in der Österreichischen Bischofskonferenz gemeinsam mit dem Salzburger Weihbischof Hansjörg Hofer für das Thema Opferschutz zuständig ist.

In Richtung des vatikanischen Anti-Missbrauchsgipfels, bei dem Österreich in Person von Kardinal Christoph Schönborn vertreten sein wird, äußerte Elbs die Hoffnung, dieser möge zu einer Schärfung des Problembewusstseins insgesamt beitragen. Für manche Teile der Weltkirche mag dies ein "wirklicher Startpunkt" sein, manche - wie auch Österreich - hätten diesbezüglich bereits seit einigen Jahren gute Fortschritte erzielt. Insgesamt sei jedoch "eine ständige Bewusstseinsbildung notwendig (...), ein ständiges Wachsen des Themas" sowie - wie es auch Kardinal Schönborn gefordert hat - die "Schaffung von einheitlichen Standards zum Schutz vor Missbrauch und im Umgang mit Missbrauchsoffern".

### "Kultur des Hinsehens"

In Österreich - und somit auch in der Diözese Feldkirch - sei man in den vergangenen Jahren den Weg verstärkter Prävention gegangen, etwa in Form von Gewaltschutzschulungen für Mitarbeiter in der Diözese und in Pfarren, in Form der Einrichtung unabhängiger Ombudsstellen und diözesaner Kommissionen. Ziel sei es, den Opferchutz zu verbessern und insgesamt eine "Kultur des Hinsehens" zu etablieren. Kirchlich habe nämlich lange Zeit eine "Kultur des Wegsehens" vorgeherrscht - dies habe sich zum Glück geändert: "Heute sieht man hin, obwohl es schmerzt."

Auf gezielte Schulungsmaßnahmen für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter setzt man auch in der Erzdiözese Wien: So berichtet die Leiterin der Stabsstelle für Missbrauchs- und Gewaltprävention, Kinder- und Jugendschutz in der Erzdiözese, Martina Greiner-Lebenbauer, etwa von Gruppenleiter-Schulungen, in denen Mitarbeiter lernen würden, mit Nähe und Macht umzugehen und "ein Gespür für Grenzverletzungen zu entwickeln" - sowohl bei sich selbst als auch bei anderen. Gefordert seien dennoch immer auch die Eltern, appellierte Greiner-Lebenbauer in der aktuellen Ausgabe der Wiener Kirchenzeitung "Der Sonntag": Es sei wichtig, dass Eltern "genau hinschauen und dass sie sich auch trauen, Fragen zu stellen", wenn es etwa um Jungschar-Lager oder ähnliche Angebote gehe, wo Kinder und Jugendliche im kirchlichen Kontext Zeit verbringen.

### Sr. Mayrhofer will neue Ombudsstelle

Für weitere konkrete Schutz- und Präventionsmaßnahmen speziell im Blick auf Ordensfrauen sprach sich die Präsidentin der Vereinigung der

Frauenorden, Sr. Beatrix Mayrhofer, aus: Auch wenn in Österreich mittlerweile "sehr gute Strukturen im Umgang mit Missbrauch" etabliert wurden - etwa in Form einer verbindlichen kirchlichen Rahmenordnung oder diözesaner Ombudsstellen -, so sei eine ähnliche Anlaufstelle auch für Ordensfrauen in Österreich wichtig.

Daher rege sie eine entsprechende Ombudsstelle für Ordensfrauen an, "die unkompliziert anrufbar" und erreichbar ist, so Mayrhofer ebenfalls im Gespräch mit der Wiener Kirchenzeitung "Der Sonntag": "Ich denke da an kein Büro und an keinen Schreibtisch, sondern an ein bis zwei kompetente Personen, die wissen, was zu tun ist, und im jeweiligen Fall die nächsten Schritte einleiten."

### Fokus auf "Lichtgestalt" ist Teil des Problems

Der bekannte Jesuit und frühere Rektor des Berliner Canisius-Kollegs, P. Klaus Mertes, verwies einmal mehr auf die Notwendigkeit einer unabhängigen Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Kirche: Die Unabhängigkeit könnte etwa erzielt werden, wenn eine unabhängige, mehrheitlich mit Laien besetzte Kommission dafür Sorge trägt, dass innerkirchlich angezeigte Straftaten auch tatsächlich zur Staatsanwaltschaft gelangen. Ein solcher Schritt, den die US-Bischöfe vorgeschlagen haben, würde letztlich "auch das Bischofsamt entlasten, das ja in komplexe Loyalitätskonflikte kommt, sobald Kleriker oder Mit-Bischöfe des sexuellen Missbrauchs oder der Vertuschung beschuldigt werden", führte Mertes im Interview mit der Kooperationsredaktion der westösterreichischen Kirchenzeitungen aus.

Als ein Teil des Problems bezeichnete Mertes dabei u.a. eine falsche Erwartungshaltung im Blick auf den Papst: "Es ist ein Problem monarchischer Regierungsformen, Lösungen von einer Lichtgestalt an der Spitze zu erwarten" - das treffe letztlich auch auf die Kirche und Papst Franziskus zu. Daher sei es auch notwendig, "dass der Papst sein Amt - nicht seine Person - als Teil des Problems definiert, weil es sich ja letztlich jeglicher Kontrolle entzieht."

Eine mögliche praktische Konsequenz der innerkirchlichen Missbrauchsprävention könne laut Mertes etwa in der Zulassung homosexueller Männer zur Priesterweihe bestehen: Schließlich führe ja gerade die Verweigerung der Weihe dazu, dass junge Männer dieses Thema bewusst verschweigen und dies somit auch zu einem "schweren Hindernis für die Reifung" werde,

wenn es nicht mehr möglich ist, über die je eigene Sexualität auch innerkirchlich zu sprechen. Auch der Zölibat trage zu einer solchen Verdrängung bei, führe dieser doch gerade im Zusammenhang mit Homosexualität zu dem "Trugschluss": "Ich

leben zölibatär und dann habe ich das Problem gelöst". Auf diese Art werde die zölibatäre Lebensform indes für Männer attraktiv, "die sich nicht mit ihrer Sexualität auseinandersetzen wollen."

## Ordensoberinnen: Ergebnisse des Anti-Missbrauchsgipfels umsetzen

### Vereinigung der Generaloberinnen UISG bei Pressekonferenz in Rom: "Hoffen wir, dass es einen Wandel im Inneren geben wird."

Rom (KAP) Eine schnelle Umsetzung der Ergebnisse des viertägigen Anti-Missbrauchsgipfels im Vatikan hat die weltweite Vereinigung der Generaloberinnen UISG gefordert. Verantwortung, Rechenschaftspflicht und Transparenz müssten auch bei den Orden selbst angewendet werden, sagte Vorstandssekretärin Schwester Patricia Murray am Montag bei einer Pressekonferenz in Rom. Es müsse sichergestellt werden, dass Kindesmissbrauch "aufgrund fehlenden Handelns oder Blindheit" nie wieder geschehe, so die Irin. Kinderschutz-Richtlinien müssten unbedingt eingehalten werden.

Die UISG sagte zu, sämtliche Informationen des Treffens schnellstmöglich weiterzugeben. Seminare zum Kinderschutz seien bereits geplant, um den begonnenen Weg fortzusetzen. Zum Thema Missbrauch von Nonnen erklärte Murray: "Wir haben noch keine Zahlen, aber wir wissen, er existiert." Die UISG hatte Ende November Missbrauchsoffer aus ihren Reihen zur Anzeige aufgerufen.

Dass bei einem weltweiten Bischofstreffen auch Frauen im Plenum reden durften, lobte die UISG ausdrücklich. Es gebe nun die Hoffnung, dass Frauen noch stärker beteiligt würden und etwa Ordensfrauen bei Bischofssynoden auch

Stimmrecht bekommen könnten. Beim Anti-Missbrauchsgipfel von Donnerstag bis Sonntag hatten Frauen drei der insgesamt neun Referate gehalten, eine von ihnen war die nigerianische Ordensobere Veronica Openibo.

Sie definierte den Begriff "Null-Toleranz" deutlicher. Dies bedeute Untersuchung von Missbrauchsvorfällen und Anhörung der Opfer. Schuldige dürften zudem nicht von einer Pfarrei oder Diözese in eine andere versetzt werden. Zur Kritik, Papst Franziskus selbst sei bei dem Treffen am Ende nicht konkret geworden, sagte sie: "Vielleicht unterscheiden sich seine Worte von dem, was einige von uns hören wollten. Hoffen wir, dass es einen Wandel im Inneren geben wird."

Die deutsche Maria Theresia Hörnemann, Oberin der Steyler Missionsschwestern, wies daraufhin, dass eine Kommission an der Umsetzung konkreter Ergebnisse arbeite. Zudem solle das Kirchenrecht in mancher Hinsicht geändert werden. In der Zwischenzeit könne es eventuell auch Übergangsregelungen geben.

Von den 190 Teilnehmerinnen des Treffens in der vergangenen Woche waren die meisten Vorsitzende der weltweiten Bischofskonferenzen; daneben waren 22 Ordensobere geladen, von diesen waren zehn Frauen.

## Ordensobere bekennen Versagen im Umgang mit Missbrauchsfällen

### Weltdachverbände der Generaloberen und Generaloberinnen veröffentlichen gemeinsame Erklärung vor Beginn des vom Papst einberufenen Kinderschutztreffens im Vatikan

Rom (KAP) Ihren Einsatz im Kampf gegen Missbrauch haben die Oberen katholischer Frauen- und Männerorden bekräftigt. In einer am Dienstag von den Weltdachverbänden der Generaloberen (USG) und Generaloberinnen (UISG) veröffentlichten Erklärung vor Beginn des vom Papst einberufenen weltweiten Anti-Missbrauchsgipfels im Vatikan bekennen sie eigenes Versagen,

auch durch Vertuschung von Taten. Der oft familiäre Charakter und Zusammenhalt von Ordensgemeinschaften habe die Aufarbeitung zusätzlich behindert. Auch verschiedene kulturelle Umstände weltweit trügen zu Missbrauch und dem ihn umgebenden Tabu bei.

Für eine bessere Prävention von Missbrauch fordern die Orden eine stärkere

Beteiligung von Eltern, insbesondere Müttern. Wären insbesondere diese früher häufiger gehört worden, hätten etliche Fälle von Kindesmissbrauch eher aufgedeckt werden können. Zudem müsse das Thema stärker in eigene Ausbildungsrichtlinien wie auch Curricula von Schulen eingebunden werden. Gleichzeitig loben die Ordensoberen den Einsatz von Papst Franziskus im Kampf gegen sexuellen und spirituellen Missbrauch sowie Klerikalismus.

Zugleich weisen die Ordensoberen auf andere Formen von Gewalt hin, denen Kinder als die Schwächsten einer Gesellschaft ausgesetzt sind. "Wir sehen Kindersoldaten, Kinderhandel, sexuellen Missbrauch sowie körperliche und seelische Misshandlung von Minderjährigen", heißt es in der knapp vier Seiten langen Erklärung. Besonders gelte das für arme oder behinderte

Kinder sowie in niederen sozialen Schichten und Kasten. Auch hier seien die Ordensfrauen und -männer als Anwälte von Kindern und Jugendlichen gefordert.

Im Vatikan beginnt am Donnerstag das mit Spannung erwartete Spitzentreffen zu Missbrauch und Kinderschutz in der katholischen Kirche. Unter den rund 190 offiziellen Teilnehmern des Gipfels sind neben Vertretern der katholischen Bischofskonferenzen aus aller Welt auch insgesamt 22 männliche und weibliche Vertreter von Ordensgemeinschaften.

Ein Kathpress-Themenpaket mit allen aktuellen Meldungen und Hintergrundberichten zum vom 21. bis 24. Februar in Rom stattfindenden Kinderschutztreffen im Vatikan ist unter [www.kathpress.at/anti-missbrauchs-gipfel](http://www.kathpress.at/anti-missbrauchs-gipfel) abrufbar.

## Kinderschutz: Ordensobere für Reform der Ausbildung Geistlicher

**Nigerianische Ordensfrau bei Anti-Missbrauchsgipfel: "Es bereitet mir Sorge, wenn ich sehe, wie hier in Rom und anderswo die jüngsten Seminaristen behandelt werden, als wären sie etwas Besonderes."**

Vatikanstadt (KAP) Die nigerianische Ordensobere Veronica Openibo hat katholische Kirchenführer aus allen Erdteilen aufgefordert, die Ausbildung von Priestern und Ordensleuten grundlegend zu überdenken. Angesichts des sexuellen Missbrauchs müssten die Knabenseminare und andere kirchliche Ausbildungshäuser, die bei künftigen Geistlichen ein falsches Gefühl von Überlegenheit förderten, ernsthaft in Frage gestellt werden. Openibo äußerte sich am Samstag als erste Ordensfrau beim weltweiten Anti-Missbrauchsgipfel im Vatikan.

"Es bereitet mir Sorge, wenn ich sehe, wie hier in Rom und anderswo die jüngsten Seminaristen behandelt werden, als wären sie etwas Besonderes. Denn das fördert in ihnen eine falsche Selbstwahrnehmung über ihren eigenen Status", erklärte Openibo, die auch Vorstandsmitglied der weltweiten Vereinigung der weiblichen Ordensoberen (UISG) ist.

Die Ordensobere, die den anwesenden Papst Franziskus auf Englisch als "Brother

Francis" ansprach, lobte den Papst für seinen Lernprozess in der chilenischen Missbrauchskrise der vergangenen fünf Jahre. Als guter Jesuit sei er demütig genug gewesen, seine Meinung zu ändern, sich zu entschuldigen und zu handeln. Darin sei er für alle Kirchenoberen ein Vorbild.

Gleichzeitig dankte sie dem Papst dafür, dass er es erstmals den weiblichen Ordensoberen ermöglicht hat, bei einer weltweiten Bischofsversammlung im Vatikan gleichberechtigt das Wort zu ergreifen.

Um die Bischöfe künftig zu mehr Rechenschaft für ihr Handeln, insbesondere beim Vorgehen gegen Missbrauch zu zwingen, schlug Openibo die Schaffung gemischter Kommissionen in jeder Diözese vor, um das Handeln der Bischöfe kritisch zu begleiten.

Zum bis Sonntag in Rom stattfindenden Anti-Missbrauchs-Gipfels publiziert "Kathpress" ein Themenpaket, das laufend mit aktuellen Meldungen ergänzt wird und unter [www.kathpress.at/anti-missbrauchs-gipfel](http://www.kathpress.at/anti-missbrauchs-gipfel) abrufbar ist.

## Missbrauch: Journalistin fordert von Bischöfen mehr Transparenz

**Mexikanische Journalistin und dienstälteste Vatikan-Korrespondentin, Valentina Alazraki, bei Kinderschutzgipfel: "Wer nicht informiert, nährt ein Klima der Verdächtigung und des Misstrauens und provoziert Wut und Hass auf die Institution"**

Vatikanstadt (KAP) Vorbehaltlose Transparenz in der Kommunikation über Verbrechen hat die mexikanische Journalistin Valentina Alazraki von Bischöfen und Ordensoberen verlangt. Beim internationalen Anti-Missbrauchsgipfel sagte sie am Samstag im Vatikan: "Wer nicht informiert, nährt ein Klima der Verdächtigung und des Misstrauens und provoziert Wut und Hass auf die Institution." Die Fernsehjournalistin Alazraki ist die dienstälteste Vatikan-Korrespondentin und berichtet seit 45 Jahren über Vorgänge an der Kirchengipfel.

Mit Nachdruck verteidigte sie die Rolle der Medien in der Berichterstattung über sexuellen Missbrauch in der Kirche. Sie müssten mit ihr strenger sein als mit anderen Institutionen. Dies hänge mit der besonderen moralischen Rolle der Kirche zusammen. Wenn die Bischöfe sich nicht radikal auf die Seite der Opfer und ihrer Familien stellten, hätten sie allen Grund, die Medien zu fürchten. In Journalisten, die das Gemeinwohl verteidigen, hätten sie dann ihre ärgsten Feinde.

Alazraki rief die Kirchenoberen auf, nicht die Recherchen und Enthüllungen von Journalisten abzuwarten, sondern proaktiv zu informieren. "Erzählen Sie die Dinge, sobald Sie sie wissen. Das wird sicher nicht angenehm sein. Aber es ist der einzige Weg, wenn Sie wollen, dass wir Ihnen glauben, wenn Sie sagen, dass Sie künftig keine Vertuschung mehr tolerieren werden."

Den Heiligen Stuhl rief die Journalistin auf, künftig im Klartext darüber zu informieren, wenn ein hochrangiger Geistlicher wegen

Missbrauchsvorwürfen zurücktritt. Wichtig sei auch die Geschwindigkeit der Information. "Wenn nicht zeitig informiert wird, interessiert die Antwort schon nicht mehr. Dann ist es zu spät, und andere werden informieren, und das womöglich fehlerhaft."

Mit Blick auf den Ordensgründer und sexuellen Serienstraftäter Marcial Maciel sagte Alazraki, sein Fall sei auch das Ergebnis einer "kranken Kommunikation" gewesen. Im Orden habe es ein Gelübde gegeben, das die Kritik an den Oberen verbot. Daraus sei eine "kranke und korrupte Kommunikation" entstanden, aus der die Kirche Konsequenzen ziehen müsse. Nur dank des Muts einiger Opfer, einiger Journalisten und des damaligen Papstes Benedikt XVI. sei dieses "Krebsgeschwür entfernt worden."

Für die Zukunft forderte sie, die Kirche solle beim nächsten Skandal, der die sexuelle Ausbeutung von Ordensfrauen durch Priester und Bischöfe betreffe, in die Offensive gehen. "Für die Kirche wäre das eine gute Gelegenheit, selbst die Initiative zu ergreifen und vorneweg zu marschieren beim Offenlegen dieses Missbrauchs von Sexualität und Macht."

Die anwesenden rund 190 Bischöfe und Ordensoberen quittierten den Vortrag der Vatikan-Korrespondentin mit starkem Applaus. Er war der letzte in einer Reihe von neun Referaten über die Themen Verantwortlichkeit und Transparenz der Kirche im Angesicht des Missbrauchsskandals.

## Kirchenjurist: Kirchliche Strafrechtsreform vor dem Abschluss

**Kirchenrechtler Graulich: Impulse aus dem Kinderschutzgipfel werden noch eingearbeitet - Unterstützung für Errichtung kirchlicher Verwaltungsgerichte**

Vatikanstadt (KAP) Die Reform des kirchlichen Strafrechts könnte noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Die Arbeiten daran seien weit fortgeschritten, man habe noch auf Impulse aus dem Krisengipfel zu Missbrauch gewartet, der vergangene Woche im Vatikan stattfand, sagte der Untersekretär im Päpstlichen Rat für

Gesetzestexte, der deutsche Kirchenrechtler Markus Graulich, am Montag im Interview mit "Kathpress". Die Reform bestehe vor allem darin, dass Strafen überhaupt klarer gefasst würden, so Graulich. Bei der Kirchenrechtsreform Anfang der 1980er Jahre hätten Strafen in der Kirche insgesamt als unzeitgemäß gegolten.



Als einzelne Impulse aus dem Gipfel könnten jetzt etwa die Erhöhung von Altersgrenzen bei Internetpornografie oder allgemeiner beim Mindestalter für die Ehe von Mädchen einfließen. Zudem gebe es die Idee, den Kreis möglicher Täter um Nichtkleriker wie Lehrer oder Pastoralreferenten zu erweitern. Auch der Straftatbestand von Machtmissbrauch gegenüber volljährigen Abhängigen sollte nach Ansicht von Graulich expliziter gefasst werden. Dieser Vorwurf spielte bei der Entlassung des früheren US-Kardinals Theodore McCarrick aus dem Klerikerstand eine Rolle.

Den Vorschlag, dass Metropolitan-Erzbischöfe den Umgang der Bischöfe ihrer Kirchenregion etwa mit Missbrauch kontrollieren, sieht der Kirchenjurist skeptisch. Es habe einmal einen Vorschlag rechtlicher Aufsicht durch die Metropolen gegeben, gegen den die Bischöfe aber "Sturm gelaufen" seien. Bei der weltweiten Konferenz zu Missbrauch und Kinderschutz hatte Kardinal Blase Cupich aus Chicago eine entsprechende Aufsicht ins Spiel gebracht. Machbar sei dies aber, die ursprüngliche Struktur der Metropolen sehe so etwas vor.

Als "möglich und auch wünschenswert" bezeichnete der Ordensmann der Salesianer Don Boscos hingegen die Einführung kirchlicher Verwaltungsgerichte. "Es wäre kein Problem, sie

einzuführen. In Deutschland etwa haben wir die kirchlichen Arbeitsgerichte, die funktionieren gut", so Graulich. Ursprünglich seien solche Verwaltungsgerichte auch vorgesehen gewesen, im Zuge der Kirchenrechtsreform zwischen 1980 und 1983 aber weggefallen. Derzeit gibt es nur das oberste Verwaltungsgericht der Apostolischen Signatur. Dieses könnte nach Graulichs Einschätzung dann deutlich entlastet werden.

Beim viertägigen Anti-Missbrauchsgipfel in der vergangenen Woche hatte der Münchner Kardinal Reinhard Marx die Einführung einer kirchlichen Verwaltungsgerichtsbarkeit gefordert. Damit könne kirchliches Verwaltungshandeln nicht nur im Umgang mit Missbrauch besser kontrolliert werden. Insgesamt würden Laien besser gegen kirchliche Willkür geschützt.

Den am Wochenende ebenfalls geäußerten Vorschlag, das sogenannte Päpstliche Geheimnis im Zusammenhang mit Verfahren bei Missbrauch zu streichen, sieht Graulich hingegen skeptisch. Das müsse man sich genauer anschauen. "Als Beschuldigter, als Opfer kenne ich die Leute, die aussagen, die befragt werden", so Graulich. Zudem schütze das Päpstliche Geheimnis "auch das Opfer, indem man die Sache nicht an die große Glocke hängt".

## Jurist: Kirchenrecht enthält schon Lösung für Missbrauchsproblem

**Vatikanischer Rechtsexperte P. Graulich: Nachlässigkeit in Kenntnis und Anwendung der Vorschriften und des Kirchenstrafrechts ist eine der Hauptursachen**

Vatikanstadt (KAP) Die derzeit im Vatikan beim Kinderschutzgipfel versammelten Bischöfe sollten das Kirchenrecht zum Thema machen, denn darin sei die Lösung der Missbrauch-Probleme grundgelegt: Das vertritt der deutsche Kirchenrechtler Markus Graulich, Untersekretär beim Päpstlichen Rat für die Gesetzestexte, im Interview mit "Vatican News" (Donnerstag). Die eigentlichen Fragen des Treffens seien für ihn: "Wie gehen wir mit Missbrauch um auf einer rechtlichen Ebene? Wie wird die Verantwortung eines Bischofs klar geregelt und wie können wir dies auch bei der Behandlung dieser Fälle rechtlich nachvollziehen? Wie kann man ihn dafür zur Rechenschaft ziehen?", erläuterte der Salesianerpa-

ter. Die bestehenden Vorschriften der Kirche zu Missbrauch seien "ausreichend und klar genug", sie müssten bloß angewendet werden,

betonte Graulich. Dazu gehöre einerseits das Kirchenrecht, das Missbrauch von Minderjährigen als Straftatbestand bezeichne, sowie weitere universale und teilkirchliche Normen: Der Kirchenjurist nannte hier "Sacramentum sanctitatis tutela", ein von der Glaubenskongregation 2001 herausgegebenes und 2010 nochmal erneuertes Dokument. Sein Eindruck sei jedoch, dass viele Bischöfe "nicht genügend Kenntnis des Kirchenrechts" hätten oder sich anstelle dessen lieber auf eigene Erfahrungen verließen und deshalb nur "weiter so" machten.

Bischöfe sollten "das Kirchenrecht lesen und anwenden". Jeder Bischof sollte sich auch besonders um die Priester seiner Diözese bemühen, forderte Graulich. So sei es etwa wichtig, für Priester und pastorale Mitarbeiter Nähe und Begleitung zu signalisieren und ein offenes Ohr zu haben statt sie monatelang auf eine

Gesprächschance warten zu lassen. Denn wenn bei Schwierigkeiten kein Austausch möglich sei mit demjenigen, der etwas ändern kann, "kann das auch dazu führen, dass ich mir andere Lösungen suche".

### Heilsame Strafe

Das Kirchenrecht verfüge beispielsweise puncto Anzeigenpflicht bei Missbrauchsfällen, dass der Bischof zunächst eine Voruntersuchung ("investigatio preaevia") machen müsse, zitierte Graulich aus dem Codex Iuris Canonici. Dabei werde geklärt, ob an dem Vorwurf etwas "dran" und ob er überhaupt möglich sei - etwa, ob ein beschuldigter Priester zum geschilderten Moment auch tatsächlich vor Ort war. Es folge dann der kanonische Prozess, bei dem Hinweise gesammelt und an die Glaubenskongregation gesandt werden. Zugleich gibt es bei schweren Fällen, die gegen staatliches Recht verstoßen, auch eine Meldepflicht an die weltliche Justiz.

Das Bewusstsein sei unterentwickelt, dass auch das Strafrecht zur Kirche gehöre, so die Wahrnehmung des Ordensmannes. Gerechte Strafen seien jedoch "immer Teil des Heilungsprozesses": Das Abbüßen einer entsprechenden Strafe ermögliche es, "von vorn anzufangen", während andernfalls der Neuanfang verwehrt bleibe. Daher gelte: "Strafe hat auch etwas Heilsames."

Der im Vatikan tätige Kirchenrechtsexperte kam auch auf den in der Missbrauchskrise öfters in Frage gestellten Zölibat zu sprechen. Er sehe hier "keinen unmittelbaren Zusammenhang", komme doch Missbrauch in erster Linie innerfamiliär vor sowie auch in Kirchen ohne Zölibats-Verpflichtung oder Sportvereinen. Förderlich für die Aufarbeitung und Prävention von Missbrauch sei jedoch die "Kultur des offenen Austausches über Sexualität", die in der Gesellschaft und auch Kirche heute ohnehin offener denn je sei; dieser Austausch solle auch die

"zölibatäre Sexualität" behandeln, appellierte Graulich.

### Problem besonders bei neuen Gemeinschaften

Bereits zuvor hatte sich Graulich in der "Tagespost" (14. Februar) zum Phänomen des "geistlichen Missbrauchs" geäußert. Diese Form des Missbrauchs war von Doris Wagner zuletzt in einem Buch thematisiert worden - mit einer "sehr differenzierten Sicht des Kirchenrechts", wie der kirchliche Rechtsexperte die frühere Ordensfrau mit eigener Missbrauchs-Vergangenheit lobte. Wagner habe erkannt, dass das Kirchenrecht in richtiger Anwendung die geistliche Freiheit der Menschen eigentlich schütze.

So sei das Phänomen des "geistlichen Missbrauchs" im Kirchenrecht bereits implizit erfasst: Graulich verwies hier auf die Rechte der Gläubigen wie etwa auf Gottesdienst-Feiern gemäß der Vorschriften der Kirche, auf die Freiheit des Folgens einer eigenen Form geistlichen Lebens gemäß der Kirchenlehre, auf den Schutz der Intimsphäre und des guten Rufes oder die strikte Trennung von "forum internum" und "forum externum". Auch die freie Wahl des Beichtvaters und die Verpflichtung zur Einhaltung "bestimmter Regeln der Klugheit" bei der Beichte seien in den Codizes enthalten.

Gerade in kirchlichen Bewegungen und neuen geistlichen Gemeinschaften würde dies jedoch nicht immer beachtet. Das mache sie tendenziell anfälliger als traditionelle Orden für geistigen Missbrauch - für den Graulich eine genaue Definition einforderte, um nicht alles damit zu bezeichnen und Seelsorge unmöglich zu machen. Problematisch sei hier häufig der Umstand, dass diesen Gemeinschaften der "gesunde Abstand zu den Gründergestalten und eine Einordnung des eigenen Charismas in die gesunde Tradition der Kirche" noch fehle, begründete der Untersekretär seine Wahrnehmung.

## Schweiz: Kirche verschärft Anzeigepflicht bei Missbrauch

**Anzeigepflicht bei sexuellen Übergriffen im kirchlichen Umfeld gilt ab März auch für Fälle mit erwachsenen Opfern - Bisher konnten diese von sich aus Einspruch gegen Erstattung einer Strafanzeige durch kirchliche Amtsträger erheben**

Fribourg (KAP) Die katholische Kirche in der Schweiz verschärft die bestehende Anzeigepflicht bei Missbrauchsverdachtsfällen. Kirchli-

che Amtsträger sind ab 1. März 2019 nun auch bei erwachsenen Opfern jedenfalls verpflichtet, bei Verdacht auf ein Offizialdelikt den Fall der

staatlichen Justiz zu melden, bestätigte die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) am Donnerstag in einer Erklärung zum Abschluss ihrer dieswöchigen Vollversammlung. In Fällen mit minderjährigen Opfern gab es schon bisher eine solche Meldepflicht. Erwachsene Opfer hingegen mussten bisher zwar auf die Möglichkeit einer Strafanzeige nach staatlichem Recht hingewiesen werden, konnten aber Einspruch gegen die Erstattung einer Anzeige durch kirchliche Amtsträger erheben.

Die bisherige Regelung war aufgrund von Empfehlungen von Opfertherapeuten entstanden, welche ein "Vetorecht" für die Opfer gefordert hatten, so die Schweizer Bischofskonferenz. Die Praxis habe jedoch gezeigt, "dass wenn keine Anzeigepflicht existiert, die Vertuschungsgefahr bestehen bleibt sowie die Gefährdung von potenziellen künftigen Opfern", heißt es in der SBK-Erklärung.

Die bevorstehende Verschärfung der Anzeigepflicht hatten die Schweizer Bischöfe bereits im vergangenen Herbst angekündigt. Mittlerweile habe auch die zweite Trägerin der kirchlichen Antimissbrauchs-Vorgaben, die für Ordensgemeinschaften zuständige Vereinigung der Höheren Ordensobern, die Aktualisierung der nun in

vierten Auflage vorliegenden "Richtlinien zu sexuellen Übergriffen im kirchlichen Umfeld", genehmigt.

#### **Auch Präventionsmaßnahmen angepasst**

Die Anpassungen betreffen laut Bischofskonferenz auch mehrere Ergänzungen in den für den kirchlichen Bereich vorgeschriebenen Präventionsmaßnahmen. Künftig müssen Angestellte, die für die katholischen Kirche in der Schweiz arbeiten möchten, einen Privatauszug aus dem Schweizer Strafregister vorlegen. Auch muss jede Diözese und jede Ordens- und andere kirchliche Gemeinschaft über einen Präventionsbeauftragten und ein eigenes Präventionskonzept verfügen. Einzelne Diözesen und Ordensgemeinschaften haben dies bereits umgesetzt, mit der Neuaufgabe der Richtlinien wird dies generell verbindlich.

Die Schweizer Bischöfe kündigten an, dass sie ihre bisherige Tätigkeit gegen sexuelle Übergriffe im kirchlichen Bereich "konsequent weiterführen" werden. Weitere mögliche Handlungsfelder sehen sie beim Beschleunigen kirchenrechtlicher Prozessen, der Information von Opfern oder bei der Standardisierung der Prävention.

## **New Yorkerin fordert 300 Millionen Dollar wegen Missbrauchs**

**Klage gegen Diözese Buffalo gehört zu ersten nach kürzlich verlängerter Verjährungsfrist für Kindesmissbrauch - Mutmaßliches Opfer gibt an, vor rund 40 Jahren von einem mittlerweile gestorbenen Ordenspriester missbraucht worden zu sein**

Washington (KAP) Die kürzlich verlängerte Verjährungsfrist für Kindesmissbrauch im US-Bundesstaat New York hat zu einer spektakulären Schadenersatzklage über 300 Millionen Dollar (264 Millionen Euro) geführt. Eine heute 55-jährige Frau wirft einem Mitglied des Franziskanerordens vor, sie vor rund 40 Jahren mehrfach sexuell missbraucht zu haben.

Wie der katholische Pressedienst CNS (Dienstag Ortszeit) berichtete, ist die Klage vor dem Obersten Gerichtshof in New York anhängig. Sie richtet sich gegen die Diözese Buffalo, die seinerzeit aus Sicht der Klägerin ihre Aufsichtspflicht verletzt habe.

Das mutmaßliche Opfer gibt an, der 2011 gestorbene Ordenspriester habe sie zwischen

1978 und 1981 zweimal pro Woche in einem leeren Klassenzimmer einer High School an ihr verbracht.

Der Fall gehört zu den ersten im Bundesstaat New York seit Inkrafttreten des "Child Victims Act", der am 13. Februar von Gouverneur Andrew Cuomo unterzeichnet wurde. Das Gesetz ermöglicht Personen, die in ihrer Kindheit Opfer sexuellen Missbrauchs wurden, noch bis Erreichen des 55. Lebensjahres zivil- und strafrechtliche Klagen einzureichen. Bislang war dies nur bis zum 23. Geburtstag möglich.

Nach Auskunft des Klägeranwalts wurde die Klage zwei Tage vor dem 55. Geburtstag der Frau eingereicht. Laut den Gerichtsakten war sie zu Beginn des Missbrauchs 14 Jahre alt.

## Gericht spricht Priester acht Jahre nach Missbrauchsurteil frei

### Polnischer Ordensmann hofft nun auf seine Rückkehr in den Priesterberuf

Warschau (KAP) Ein fälschlich wegen sexuellen Missbrauchs eines Ministranten verurteilter polnischer Ordensmann hofft auf seine Rückkehr in den Priesterberuf. Wie polnische Medien (Dienstag) berichteten, entschied ein Gericht im nordtschechischen Jeseník, der von der katholischen Kirche suspendierte Geistliche sei 2011 zu Unrecht verurteilt worden. "Ich möchte den Menschen und Gott dienen; die Rückkehr in den priesterlichen Dienst ist für mich am wichtigsten", wird er zitiert.

Der Leiter der Ordensgemeinschaft der Salvatorianer in Tschechien, Pater Leszek

Rackowiak, will den Vatikan nach eigenen Angaben um die Aufhebung der Suspendierung des Priesters bitten, sobald das Urteil rechtskräftig ist. In dem neuen Prozess erklärte der Richter die Aussagen des einstigen Ministranten für unglaubwürdig. Drei Zeugen hatten vor Gericht ausgesagt, der junge Mann habe ihnen nach der Verurteilung des Geistlichen gesagt, dass seine Vorwürfe nicht wahr seien. Nach seiner Suspendierung verdiente der Priester sein Geld laut den Berichten als einfacher Arbeiter.

---

## I N L A N D

---

## Salesianer-Generaloberer: Anti-Missbrauch-Gipfel war ein Erfolg

### Leiter des zweitgrößten Männerordens, Fernandez, bei Pressegespräch in Wien: Weltweiter Bewusstseinswandel dadurch beschleunigt, Konsequenzen nun nötig - Hoffnungen auf angekündigtes Papst-Dokument zum Thema Jugend

Wien (KAP) Der vor einer Woche beendete Kinderschutzgipfel im Vatikan war nach Ansicht des Generaloberen der Salesianer Don Boscos ein Erfolg. "Auch wenn beim Treffen selbst noch keine konkreten Maßnahmen beschlossen wurden, sind nun alle Bischofskonferenzen und Ordensgemeinschaften mit den Themen sexueller Missbrauch und Kinderschutz intensiv befasst", erklärte Don Angel Fernandez Artimo, Leiter des mit über 14.500 Mitgliedern zweitgrößten katholischen Männerordens, am Montag bei einem Pressegespräch in Wien. Nachdem der Papst bei der Versammlung eine klare Richtung vorgegeben habe, müssten nun daraus Konsequenzen gezogen werden.

Die Aufarbeitung und Prävention von Missbrauch betreffen den im Bildungsbereich engagierten Salesianerorden direkt, stellte Fernandez klar. Die Papst-Linie, kein Fall dürfe vertuscht oder seine Anzeige verhindert werden, setze man um: Weltweit liefen derzeit rund 60 Prozesse gegen Mitglieder wegen sexuellem Missbrauch, wobei nach den USA, Australien und Südamerika der Fokus derzeit besonders auf Europa gerichtet sei. In Afrika und Asien gäbe es bisher

auch in seinem Orden noch kaum bekannte Fälle - "was nicht heißt, dass das Problem dort nicht besteht. Man scheut sich in diesen Kulturen noch immer davor, Missbrauch anzusprechen und anzuzeigen", erklärte Don Angel. Der Kinderschutzgipfel könne hier den nötigen Bewusstseinswandel beschleunigen.

Die von Papst Franziskus in diesem Zusammenhang oft geäußerte Sorge über den "Klerikalismus" in der katholischen Kirche teile er, betonte der Generaloberer. Nicht die Priester selbst seien dabei das Problem, "sondern dass man etwas als Priestersein versteht, was in Wahrheit nichts damit zu tun haben darf: Die Vorstellung, es bedeute vor allem, bedient zu werden und Macht über andere zu haben". Der Salesianerorden vertrete laut Fernandez ein davon gegensätzliches Priesterbild, wie auch seine eigene Vorstellung von Kirche eine andere sei: Es müsse darum gehen, "mehr Volk Gottes zu sein mit allen Diensten, die es gibt - mit der Hilfe auch der Priester, die wir brauchen".

Hinsichtlich der vatikanischen Jugendsynode vom vergangenen Oktober erklärte der Ordensoberer, er erwarte mit großer Vorfreude das

für Ende März angekündigte Papstschreiben zum Thema Jugend. Bereits das bei diesem Treffen erstellte Schlussdokument sei jedoch ein "Juwel" und äußerst hilfreich auch für die Salesianergemeinschaft: Beim siebenwöchigen 28. Generalkapitel des Ordens im Frühjahr 2020 in Turin werde dieser Text die Arbeitsgrundlage darstellen. Schon jetzt sei absehbar, dass es dabei dem Orden um "den vorrangigen Einsatz für die ärmsten Kinder und Jugendlichen, die Verteidigung der Menschenrechte dieser Kinder und die Zusammenarbeit mit den Laien" gehen wird. Don Angel: "Wir machen dabei das Synodendokument zu unserem Dokument".

Mit hohen Erwartungen sehe er auch der vatikanischen Amazonassynode im kommenden Oktober entgegen, betonte Fernandez. Außer einer Bekräftigung des Respekts der Kirche vor Natur und Umwelt müsse es dabei vor allem um die "Stärkung der Rechte der Indigenen und deren Einbindung in die Synode nach dem Vorbild der Jugendsynode" gehen, so sein Wunsch. Die Salesianer und die Don-Bosco-Schwester könnten dabei viel einbringen: Sie seien im Amazonasgebiet bereits seit 130 Jahren tätig, zudem habe auch der Einsatz auf der Seite der eingeborenen Völker lange Tradition.

### **"Verschiedenheit ist keine Gefahr"**

Als "derzeit größte Herausforderung der Menschheit" bezeichnete der Ordensobere die Migration. Wichtig sei jedoch, sich über die mit dem Thema verbundenen Veränderungen nicht zu ängstigen. "Verschiedenheit ist keine Gefahr, und sie als solche darzustellen, ist nicht christlich - bei allem Verständnis für die Bestrebungen Europas, zu einer 'geordneten Migration' zu finden." Ein schnelleres Voranschreiten bei der Aufgabe der Integration sei unabdingbar, könne man doch heute schon absehen, "dass viele der Länder, die Migranten heute besonders kritisch gegenüberstehen, aufgrund des Zusammenbrechens ihrer Sozialsysteme bald sagen werden: Kommt doch zu uns, denn wir haben keine Kinder mehr."

Europas Regierungen müssten dieser Realität ins Auge blicken und zugleich eine Politik verfolgen, "die in den Herkunftsländern die Entwicklung begünstigt statt sie zu verhindern", so P. Fernandez weiter. Am afrikanischen Kontinent müsse dafür die technische Entwicklung intensiv vorangetrieben und ein neuer Umgang mit Rohstoffen gefunden werden, denn "das derzeitige System kann das Armutproblem nicht

überwinden". Jüngere Entwicklungen wie das erneute Aufziehen von innereuropäischen Grenzen verfolgt der Generalobere hingegen mit Sorge, würde damit doch auch schrittweise die "Freiheit der Gedanken" eingeschränkt.

### **Einsatz für junge Flüchtlinge und Prostituierte**

Die Kirche müsse bei dem Thema Mut beweisen, betonte Fernandez. Der Salesianerorden habe die Sorge um Unbegleitete minderjährige Fremde als eine wichtige Aufgabe erkannt und betreibe in etlichen Ländern Europas - neben Spanien, Italien, Malta und Deutschland auch in Österreich mit dem Verein "Don Bosco Flüchtlingswerk" - Wohnheime für diese Gruppe. Intensiv bemühe man sich hier um die Klärung des rechtlichen Status und Dokumente der Betroffenen, um Sprachkurse und die Berufsausbildung sowie um pädagogische Betreuung, denn: "Erst mit diesen Voraussetzungen kann die Menschenwürde des Einzelnen gewährleistet werden."

Ebenso setzten sich Salesianer auch in den Herkunftsregionen von Migranten aktiv für die jeweils am meisten benachteiligten Kinder und Jugendlichen ein, zeigte P. Fernandez am Beispiel von Projekten im westafrikanischen Sierra Leone. Ehemalige Kinderprostituierte und Straßenkinder sowie die 1.600 Insassen eines Jugendgefängnisses der Hauptstadt Freetown stünden hier im Zentrum der Aufmerksamkeit, zudem sei der Orden auch in die Überwindung der Ebola-Epidemie mit Errichtung von Waisenhäusern und Kinderschutz-Hotlines an vorderster Front involviert gewesen. "Kennzeichen der Missionare und ihr Unterschied zu den Hilfswerken ist, dass sie in Krisen oder Kriegen vor Ort bleiben. Wir von der Ordensleitung verpflichten sie nicht dazu, doch sie sagen selbst: Wir können die Kinder ja nicht im Stich lassen." Durch die Aufmerksamkeit für die vielen Einzelfälle sei es möglich, zu einer Veränderung der Welt beizutragen, so Don Angel.

### **Radikalismus vorbeugen**

Insgesamt sieht der Salesianer-Obere die Aufgabe der Unterstützung von benachteiligten Jugendlichen, die einst entscheidender Gründungsimpuls seines Ordens war, als "aktueller denn je": Heutige Jugendliche auch in Westeuropa seien im Unterschied zum 19. Jahrhundert zwar besser gekleidet und hätten alle Handys, doch bei vielen mache sich ein Gefühl innerer Leere breit. "Sie erleben keine Geborgenheit in einer Familie,

wissen oft nicht mit wem außer mit Gleichaltrigen sie etwas besprechen können und haben keine Träume oder Ideale. Dass sie keinen Grund finden zu hoffen, ist ein sehr ernstes Thema." Begleitung und Ansprechpersonen seien wichtig, um nicht andernfalls in Radikalismus getrieben zu werden.

Der Salesianer-Generalobere hielt sich zu einem mehrtägigen Routinebesuch in der öster-

reichischen Provinz seines Ordens auf. Sein erster Besuch in der Alpenrepublik war seine 85. Auslandsreise seit Beginn seiner Amtszeit 2014, wie er erklärte. Lobend erwähnte er dabei das "familiäre, an Lateinamerika erinnernde Klima", das er in den besuchten heimischen Ordensniederlassungen vorgefunden habe. Österreichweit wirken derzeit 70 Salesianerpriester an neun Standorten.

## Studientag der Ordensfrauen: Wie tickt Jugend?

### "Wichtig ist es, sich zu positionieren" - Guter Zulauf in Ordensschulen und Bildungseinrichtungen prognostiziert

Linz (KAP) "Die Jugend heute ist nicht besser oder schlechter als Generationen vor ihr. Sie ist anders", meinte die Jugendforscherin Beate Großegger bei ihrem Vortrag zum Thema "Jugendarbeit der Frauenorden als Herausforderung" im Rahmen eines Studientages der Ordensoberinnen. Dabei konnten sich Verantwortliche in Frauenorden über die Entwicklung der österreichischen Bevölkerung mit speziellem Blick auf die Jugend informieren, wie die Ordensgemeinschaften heute mitteilten. Diese Tagung fand von 26. bis 27. Februar in Vöcklabruck statt.

Die Jugendforscherin riet dazu, sich genau damit zu beschäftigen, was Jugend heute unter Religion verstehe: "Heute wachsen junge Menschen selbstverständlich in interreligiösen Gesellschaften auf." Großegger sehe die Gesellschaft im Wandel, die gerade auch die Jugend verändere. Normen und Werte werden von der Erwachsenenengesellschaft als Entwicklungsnormen an die Jugendlichen direkt herangetragen. Deshalb rät die Jugendforscherin den Ordensfrauen: "Wichtig ist es, sich zu positionieren. Die sozialen Bruchkanten werden schärfer und die Gesellschaft zerfällt mehr und mehr in Gewinner und Verlierer." Es gehe darum, an der Sicherung der Zukunft der Jugend mitzuwirken und der "sozialen Exklusion" entgegenzuwirken. Orden hätten dabei eine besondere Rolle, wenn sich der Sozialstaat als immer brüchiger erweise. Es gehe darum, "exklusionsgefährdete Jugendliche als Zielgruppe der kirchlichen Jugendarbeit zu sehen". Für solche Leute Angebote schaffen wäre Aufgabe der Orden.

Woran denken Junge, wenn sie an Ordensfrauen denken? "Ordenskleidung und Habit, Jungfräulichkeit und sexuelle Enthaltbarkeit,

strenger Glaube und Disziplin, Klosterleben und Klostersgemeinschaft, Verzicht auf ein eigenes Leben, moralisches Handeln und Filme sowie TV-Serien. Da muss sich etwas tun." Das heißt für die Orden, das "verstaubte Image" abzulegen, mehr Flexibilität zu entwickeln, projektbezogen zu arbeiten und Dinge zu tun, "die mit einem Nutzen verbunden sind". Gerade exklusionsgefährdete Kinder und Jugendliche korrelieren gut mit dem Image der Ordensfrauen. Engagementbereite junge Menschen können gut angesprochen werden. 10 Prozent der Jugendlichen wollen etwas bewegen und "das bestehende Image der Kirche als Herausforderung annehmen."

### Aktuelle Zahlen und Prognosen

Aus profundem Mund hörten die Ordensfrauen vom Bereichsleiter für Analysen und Prognosen der Statistik Austria Alexander Hanika die aktuellen Zahlen und Einschätzungen: "Die Zahl der Schülerinnen und Schüler bis 13 Jahre nimmt österreichweit zu. Die Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahre bleiben bis 2024 etwa gleich und dann wird die Zahl wieder stark steigen. Die 18- bis 29-Jährigen sind derzeit auf dem Höchststand." Hanika rechnet damit, "dass Ordensschulen und Bildungseinrichtungen der Kirche weiter guten Zulauf haben werden".

Hanika sieht auch einen Wandel in der Religionszugehörigkeit: "Der Katholikenanteil ist von 1952 bis 2018 von 89 Prozent auf 58 Prozent gesunken. Die Katholikenanzahl wird weiter sinken bis 2046, etwa auf weniger als die Hälfte der Bevölkerung." Der muslimische Bevölkerungsanteil werde von derzeit 8 Prozent auf ca. 12-21 Prozent steigen, die Konfessionslosen steigen von derzeit 16 Prozent auf 22-29 Prozent.

Im Vorfeld der Studientagung der Ordensfrauen tagte am 26. Februar 2019 die gemeinsame Leitung der Ordensgemeinschaften Österreich mit dem Vorstand der Männerorden und dem Präsidium der Frauenorden. Es wurden gemeinsam Punkte beraten wie die aktuelle Missbrauchs-

debatte, die neue gemeinsame Struktur und Statuten einer gemeinsamen österreichischen Ordenskonferenz ab Herbst 2019 und die Evaluierung der Bereiche Kommunikation und Medien sowie des Ordens-Begegnungszentrums Quo Vadis am Stephansplatz.

## Wien: Ordensspitäler betreuten im Vorjahr über 481.000 Patienten

**Plattform-Sprecher Greher: "Sind gemeinnützig, haben öffentlichen Versorgungsauftrag der Stadt Wien und werden von öffentlicher Hand unterstützt" - Ordensspitäler mit 4.860 Mitarbeitern wichtiger Arbeitgeber**

Wien (KAP) Die sieben Wiener Ordensspitäler haben im Vorjahr insgesamt 481.956 Patienten betreut, davon 109.265 stationär, 344.4040 ambulant und 28.287 tagesklinisch. Die "Non-Profit-Krankenhäuser" arbeiten dabei sehr eng mit der Stadt Wien zusammen. "Wir sind gemeinnützig, haben einen öffentlichen Versorgungsauftrag mit der Stadt Wien und werden von der öffentlichen Hand unterstützt", erläuterte Manfred Greher, Sprecher der Plattform der Wiener Ordensspitäler, am Mittwoch bei einem Pressegespräch in Wien.

Die Zusammenarbeit mit der Stadt beschrieb Greher als sehr verlässlich und gut eingespielt, "und die Stadt bekommt unsere Leistungen zu einem für sie sehr attraktiven Preis". Damit die Ordensspitäler aber auch künftig ihren Beitrag zur Wiener Gesundheitsversorgung in gewohnter Quantität und Qualität erbringen könnten, bedürfe es weiterhin einer Finanzierung durch die Stadt, die dem Leistungsvolumen der Krankenhäuser entspreche. "Diese Kooperationen finden in einem guten Gesprächsklima mit den maßgeblichen städtischen Stellen statt", was eine durchaus sehr positive Grundlage für eine weitere gute Zusammenarbeit darstelle. Der aktuelle Finanzierungsrahmen läuft mit Ende 2020 aus. Bisher gebe es allerdings noch keine Neu-Verhandlungen, so Greher.

### 67.741 Operationen

Im Vorjahr führten Mediziner in den Spitälern 67.741 Operationen durch, davon 48.658 stationär und 19.083 tagesklinisch. In einer Reihe von medizinischen Bereichen versorgen die Wiener Ordensspitäler überproportional viele Patienten, so etwa im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder, im dem 23 Prozent aller Katarak-Operationen durchgeführt werden.

Wiens Ordensspitäler sind mit 4.860 Mitarbeitern auch ein wichtiger Arbeitgeber. In Vollzeit arbeiteten im Vorjahr 434 Ärzte, 728 Pflegepersonen, 306 Verwaltungs-Angestellte, 162 medizinisch-technische Mitarbeiter, sowie 402 Angehörige der Betriebspersonals in den Krankenhäusern. Darüber hinaus spielten die Ordensspitäler auch als Ausbilder eine wichtige Rolle. 2018 beschäftigten die Häuser 75 Turnusärzte, bildeten 48 Allgemeinmediziner und 129 Fachärzte aus. 177 Studierende leisteten das Klinische-Praktische Jahr ab und 58 Personen schlossen die hauseigene Pflegeausbildung ab.

### Karitative Projekte

Alle Wiener Ordensspitäler engagieren sich darüber hinaus auch bei karitativen Projekten. So werden etwa im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder auch nichtversicherte Menschen behandelt. Im Göttlichen Heiland Krankenhaus wurden im Rahmen des "YoungMom"-Projektes minderjährige Schwangere betreut. Das St. Franziskus Krankenhaus bietet mit seiner Aktion "Elisabethbrot" Bedürftigen sechs Mal pro Woche eine Mahlzeit, beim "Freundschaftsmahl" bekommen Bedürftige jeden Montag im Göttlichen Heiland Krankenhaus eine Mahlzeit.

Für die Ordensspitäler charakteristisch ist die Kombination von privater Trägerschaft durch Ordensgemeinschaften oder Stiftungen, mit einem gemeinnützigen Versorgungsauftrag. "Wir unterscheiden uns allerdings von gewinnorientierten Privat- und Belegspitälern oder Klinikbetreibern insofern, als bei uns jeder Euro in den Unternehmen verbleibt und der Versorgung unserer Patienten zu Gute kommt", so Greher. Die Ordensspitäler seien für alle Patienten, unabhängig von ihrem Versicherungsstatus, offen. Ein stabiles Gesundheitssystem sei Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaft.

Zu den Ordensspitälern in Wien zählen das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder, das Franziskus Spital Landstraße, das Herz-Jesu Krankenhaus, das Franziskus Spital Margareten, die

Barmherzigen Schwestern, das orthopädische Spital Speising, das St. Josef Krankenhaus und das Göttlicher Heiland Krankenhaus.

## 10. Todestag von Hospizpionierin Teuschl: "Wegweiserin für viele"

**Ex-Landeshauptfrau Klasnic, Caritas-Präsident Landau und viele andere Wegbegleiter würdigen bei Kurzsymposium Ordensfrau - Kardinal-König-Förderpreis für Sterbegleitungs-Kurs der Caritas Socialis**

Wien (KAP) Die vielfältigen Verdienste von Sr. Hildegard Teuschl (1937-2009), die zu den zentralen Gründerfiguren der Hospizarbeit in Österreich zählt, haben Wegbegleiter der Ordensfrau an ihrem zehnten Sterbetag (18. Februar) bei einem Kurzsymposium im Wiener Kardinal-König-Haus aufgezeigt. Sr. Hildegard sei eine "Wegweiserin, die vielen Menschen Mut gemacht hat", darunter auch ihr selbst, erklärte die frühere steirische Landeshauptfrau und Opferschutzanwältin Waltraud Klasnic, der Teuschl einst 2008 nach 15-jährigem Vorsitz die Präsidentschaft des Dachverbandes Hospiz Österreich überantwortet hatte, bei diesem Anlass.

Sr. Teuschl habe viele Menschen, die "denkende Herzen hatten und bereit waren, helfende Hände und ihre Zeit einzusetzen", zur Mitarbeit begeistert. Ihre reiche Saat sei aufgegangen, betonte Klasnic. "Dank ihr gibt es heute in ganz Österreich eine Hospizbewegung, der über 300 kleine und größere Organisationen angehören, in Summe tausende Menschen." In Österreich vertraue man auf Hospiz und wisse, dass man beim Abschied aus dem Leben - "dann, wenn man das letzte Mal noch das Gefühl hat, ein wenig reden zu können" - immer jemandem finden könne, "der Zeit hat, einem die Hand hält und sagt: 'Ich bin bei dir'", so die ehemalige Politikerin.

Klasnic hob den Weitblick und die sehr pragmatische Arbeitsweise Teuschls hervor. Die von der Ordensfrau erstellte Ratgeber-Broschüre "Begleiten bis zuletzt" sei ein Beispiel dafür. "Sie wurde auf Teuschls Drängen in Slowakisch, Rumänisch und Ungarisch übersetzt, denn die Pflegerinnen sollten sie lesen können." Insgesamt sei Österreich "im Palliativbereich heute schon sehr weit, im Hospizbereich erst bei der Hälfte von dem, was nötig ist", so eine Standortbestimmung der Hospiz-Präsidentin. Insbesondere bei der Finanzierung bestünden noch viele Vorbehalte. Sie sei auch aufgrund vorsichtiger positiver Signale aus der Politik zuversichtlich, in den nächsten

Jahren Fortschritte zu erzielen, "denn die Hospiz- und Palliativbewegung lässt sich nicht aufhalten".

Dass in Österreich im Hospiz- und Palliativbereich bereits "viel gelungen", aber weiterhin "noch viel zu tun" sei, verdeutlichte Caritas-Präsident Michael Landau in seinem Eröffnungsreferat bei der Veranstaltung, die unter dem Titel "Zuhause leben bis zuletzt - Möglichkeiten und Grenzen für ein Sterben daheim" stand. Landau führte die weiter notwendigen Schritte detailliert aus und erinnerte zugleich an die Botschaft Teuschls des würdevollen Lebens vom Anfang bis zum natürlichen Ende, die heute "aktueller denn je" sei. Ein Motto der "beeindruckenden Pionierin", die so viele Menschen begeistert habe, sei "was alle angeht, müssen alle angehen" gewesen. In diesem Sinn sei auch 10 Jahre nach ihrem Tod der Einsatz für verbesserte Rahmenbedingungen notwendig.

**Sterbegleitungs-Kurse ohne Pause seit 1978**  
Im Rahmen des Symposiums überreichte Prof. Erich Leitenberger den "Kardinal-König-Förderpreis" an Sr. Karin Weiler von Teuschls Schwesterngemeinschaft der "Caritas Socialis", stellvertretend für den von Teuschl initiierten Semesterkurs "Lebens-, Sterbe- und Trauerbegleitung", der derzeit bereits zum 87. Mal im Wiener Kardinal-König-Haus läuft. Der Preis solle verdeutlichen, "dass es für die Begleitung Sterbender ein starkes Signal aus Österreich gibt", erklärte der Vizepräsident der Kardinal-König-Stiftung, der von Präsident Bischof Manfred Scheuer Grüße übermittelte. Sr. Weiler hob hervor, dass eine andere Preiszuerkennung - im Jahr 1989 durch die Fürstenfamilie Liechtenstein - entscheidend zum Wachstum der Hospizbewegung in Österreich beigetragen habe.

Hildegard Teuschl gilt in Österreich als Pionierin der Hospiz-Bewegung. Bereits 1978/79 hielt Teuschl den ersten Kurs für Sterbegleitung in Wien ab; viele ihrer Schülerinnen und



Schüler wurden zu wichtigen Impulsgebern in der Entwicklung von Hospiz und Palliative Care in ganz Österreich. 1987 stellte ihre Gemeinschaft, die Caritas Socialis (CS), in der Wiener Pramerergasse ein Büro zur Verfügung, die Idee des Aufbaus eines Mobilen Hospizes - unter

Mitwirkung der Erzdiözese Wien - und eines Stationären Hospizes (zuerst 1992 im Krankenhaus Göttlicher Heiland) wurde aufgenommen und umgesetzt. Zeitgleich entstanden in den Bundesländern unterschiedliche Hospizgruppen und Hospizinitiativen.

## Landau fordert gesetzliche Absicherung der Palliativmedizin

### Caritas-Präsident bei Tagung "Zuhause leben bis zuletzt" im Gedenken an Hospiz-Pionierin Teuschl: Plädoyer für Sterbehilfe-Verbot in Verfassungsrang und Absicherung der Palliativ-Medizin durch eigenes Gesetz

Wien (KAP) Für eine bessere rechtliche Absicherung der Palliativmedizin und Palliativpflege in Österreich hat sich Caritas-Präsident Michael Landau ausgesprochen. Es brauche eine Absicherung entweder im Rahmen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG) oder in Form eines eigenen Gesetzes etwa nach dem Vorbild des deutschen Hospiz- und Palliativgesetzes aus dem Jahr 2015. Nur so lasse sich die Finanzierung dieses medizinisch intensiven und menschlich gebotenen letzten Lebensabschnitts und dessen Rechtsanspruch für alle sicherstellen. Darüber hinaus regte Landau ein verfassungsrechtliches Verbot der Sterbehilfe in Österreich an. Er sehe nun die Regierung unter Zugzwang, die ja das Thema Pflege heuer zu einem Schwerpunktthema erklärt hat, so Landau.

Landau äußerte sich am Montagnachmittag bei der Eröffnung der Kurztagung "Zuhause leben bis zuletzt. Möglichkeiten und Grenzen für ein Sterben daheim" im Wiener Kardinal-König-Haus. Die Veranstaltung findet im Gedenken an die Hospiz-Pionierin Sr. Hildegard Teuschl (1937-2009) statt, die vor zehn Jahren gestorben ist. Neben Landau referieren dabei u.a. die langjährige Büroleiterin von Kardinal Franz König, Annemarie Fenzl, der Mediziner und Theologe Johannes Huber, der Direktor des Kardinal-König-Hauses, P. Friedrich Prassl, und die Präsidentin des Dachverbandes Hospiz, Waltraud Klasnic.

Als "unhaltbaren Zustand" bezeichnete Landau in seiner Eröffnungsansprache die Tatsache, dass viele Einrichtungen aus dem Bereich der Palliativversorgung weiterhin zu fast 100 Prozent spendenfinanziert seien - so etwa das von der Caritas betriebene Mobile Kinderhospiz MOMO. Es brauche diesbezüglich klare Ansagen zu einer dauerhaften Finanzierung. "Ich sage das auch als Appell und als Bitte an die

Verantwortlichen im Bereich der Sozialversicherung wie auch der Politik", so Landau.

Und im Blick auf die immer wieder aufflackernde Sterbehilfe-Diskussion erinnerte er an ein Wort Kardinal Königs, wonach Menschen "an der Hand eines anderen Menschen" sterben sollen und nicht "durch die Hand eines anderen Menschen". Daraus leite er den Anspruch nicht nur auf eine rechtliche Absicherung der Hospizmedizin und -pflege ab, sondern auch die Forderung nach einem Verbot der Sterbehilfe im Verfassungsrang: "Wer aktive Sterbehilfe nicht will, der muss für optimale Sterbebegleitung sorgen". Diesbezüglich sei bereits "viel gelungen" in Österreich - aber es bleibe zugleich "noch viel zu tun", so Landau.

Darüber hinaus würdigte der Caritas-Präsident Sr. Teuschl für ihren Einsatz im Bereich der Palliativmedizin und -pflege: Gemeinsam mit Kardinal Franz König (1905-2004) habe sie "Pionierarbeit" geleistet und stehe als Zeugin dafür ein, "dass zu einer Kultur des Lebens auch eine Kultur des Sterbens und eine Kultur der Solidarität mit Sterbenden gehört". Teuschl, die u.a. Gründerin des Dachverbandes Hospiz war und bereits Ende der 1970er Jahre die ersten Kurse für Sterbebegleitung konzipiert und gegeben hatte, habe großen Anteil daran, "dass Hospiz heute als gesellschaftlicher Auftrag breit getragen wird" und dass sich darin die Wertschätzung jedes einzelnen Menschen erweise. Getragen von einem insofern christlich inspirierten Menschenbild sei die Hospizbewegung daher bis heute auch eine "Gegenbewegung zur Marginalisierung von unheilbar Kranken" in der Gesellschaft, betonte Landau.

Sr. Hildegard Teuschl gilt in Österreich als Pionierin der Hospiz-Bewegung. Bereits 1978/79 hielt Teuschl den ersten Kurs für

Sterbebegleitung im Schulzentrum der Caritas der Erzdiözese Wien ab; viele ihrer Schülerinnen und Schüler wurden zu wichtigen Impulsgebern in der Entwicklung von Hospiz und Palliative Care in ganz Österreich. 1987 stellte ihre Gemeinschaft, die Caritas Socialis (CS), in der Wiener Pramergasse ein Büro zur Verfügung, die Idee des Aufbaus eines Mobilen Hospizes - unter Mitwirkung der Erzdiözese Wien - und eines Stationären Hospizes (zuerst 1992 im Krankenhaus Göttlicher Heiland) wurde aufgenommen und umgesetzt.

Zeitgleich entstanden in den Bundesländern verschiedene Hospizgruppen und Hospizinitiativen.

Im September 1993 folgte die Gründung des Dachverbandes Hospiz Österreich als eigenständiger Verein, der 2004 den Kardinal-König-Preis erhielt. Nach 15-jähriger Präsidentschaft übergab Sr. Teuschl den Vorsitz an Waltraud Klasnic, die seither als Präsidentin des Dachverbandes Hospiz Österreich wirkt.

## **Mediziner Huber: "Sterbende nehmen mehr wahr als wir annehmen"**

### **Mediziner und Theologe bei Wiener Hospizsymposium: Viele Parallelen zwischen Geburts- und Palliativmedizin - Kardinal Königs Aussagen zu Sterbebegleitung wurden später wissenschaftlich bestätigt**

Wien (KAP) Zu einer Sterbebegleitung mit "menschlichen Zügen" hat der Mediziner und Theologe Johannes Huber aufgerufen. Der Wunsch vieler Menschen nach einem Sterben zuhause sei allzu verständlich, da dort "Menschlichkeit oft leichter umzusetzen ist", sagte der frühere Vorsitzende der Bioethikkommission, Uniprofessor und Bestsellerautor beim Kurzsymposium "Zuhause leben bis zuletzt. Möglichkeiten und Grenzen für ein Sterben daheim", mit dem am Montagabend im Wiener Kardinal-König-Haus des 10. Todestages der österreichischen Hospizpionierin Sr. Hildegard Teuschl gedacht wurde. Huber wies vor allem auch darauf hin, dass Sterbende viel mehr wahrnehmen würden, als man gemeinhin annehme.

Er selbst stehe als Gynäkologe und Geburtshelfer eigentlich "auf der anderen Seite des Bettes", stellte Huber einleitend fest, doch: "Wer fragt, woher man kommt, fragt auch: Wohin geht man?" Geburt und Tod stünden einander trotz ihrer zeitlichen Distanz im Lebensverlauf sehr nahe, "und beide müssen unter zutiefst menschlichen Verhältnissen - nämlich im humanen Bereich - ablaufen". Zahlreiche angenommene Parallelen zwischen dem Geborenwerden und Sterben hätten sich in den jüngsten Jahren auch wissenschaftlich bestätigt; teils ließen sich aus dem je einen Bereich sogar Rückschlüsse für den anderen ziehen, führte der Experte aus.

Vergleiche zog Huber zwischen der Hausgeburt und dem Wunsch nach dem Sterben zuhause. "So wie viele Mütter ihr Kind nicht unmittelbar nach der Geburt an Fremde abgeben wollen, soll auch der Sterbende nicht abgegeben und

der Einsamkeit übergeben werden." Es komme dabei weniger auf den Ort, wohl aber auf die Umstände und Begleitung durch Bezugspersonen an - "darauf, dass man an der Hand der Mutter in die Welt kommt und auch an einer Hand das Leben verlässt". So wie die Geburt Geborgenheit erfahren lassen soll - man versuche daher, den Notkaiserschnitt möglichst zu verhindern - treffe dies auch beim Tod zu: "Die erste und die letzte Reise eines Menschen sollten ohne Cortisolausschüttung erfolgen; ohne den Stress, den man beim Erleben von Gefahr verspürt."

### **Heilende Berührung**

Der Endokrinologe hob die besondere Bedeutung des Handergreifens und der Berührung hervor, welche im Zeitalter digitaler Diagnostik und der modernen Medizin immer mehr abhanden kämen. "Taktile Reize wie etwa das Streicheln werden über die Hautsensoren sofort dem Gehirn weitergeleitet und bewirken dort eine Ausschüttung der Glückshormone Dopamin und Serotonin. Dabei verändert sich sogar der epigenetische Code eines Menschen." Für Patienten am Lebensende sei Berührung immens wichtig. "Der bekannte Ausspruch von Kardinal Franz König (1905-2004), dass der Mensch 'nicht durch die Hand, sondern an der Hand' die Welt verlassen soll, war prophetisch - auch im Blick auf die spätere Bestätigung durch die Gen- und Gehirnforschung", unterstrich der Mediziner.

Deutlich unterschätzt werde, wie viele Sinneseindrücke Patienten in Agonie und Sterbende noch empfangen könnten, so Huber weiter. "Es trifft längst nicht zu, dass das Gehirn nur

in seiner vollen Arbeitstätigkeit Dinge wahrnimmt. Die Natologie zeigt uns, dass ein Kind schon lange vor der Geburt die Stimme der Mutter hört, auch wenn es weder Wörter versteht noch Silben zusammensetzen kann." Früher hätten Mediziner gewitzelt über Schwangere, die ab der 30. Woche mit ihrem Kind sprechen. "Heute wissen wir, dass das wichtig ist. Denn die Stimme trägt das Kind von der Zeit im Mutterleib bis nach der Geburt - wie eine Hängematte, in der es sich geborgen fühlt."

### **Fühlen nach dem letzten Herzschlag**

Auch beim "nicht-mehr-Verstehen" am Lebensende sei noch viel an Wahrnehmungsfähigkeit vorhanden, womöglich weit über den letzten Herzschlag hinaus. "Wir müssen Sterbende so behandeln, als würden sie noch alles mitbekommen, denn wir wissen nicht, wie viel sie noch wahrnehmen", zitierte Huber den deutschen Palliativmediziner Lukas Radbruch. Unter Menschen, die einen mehrminütigen Herzstillstand überlebten, berichten laut Studien neun Prozent von einer Nahtoderfahrung, teils mit einer selbst beobachteten Wiederbelebung. "Einiges spricht dafür, dass die wirkliche Wahrnehmung erst Minuten nach der Asystolie aufhört. Physiologisch stirbt man ja nicht mit dem letzten Herzschlag, da die einzelnen Organe erst später absterben", so Huber.

Das Nahtod-Phänomen könne man durch ein "letztes Aufbäumen" erklären, "dass das Ende des Herzschlags die Nervenzellen in einen hochaktiven Zustand versetzt", so der Mediziner, der als Theologe fortfuhr: "Aus Sicht des Glaubens könnte man sagen, dass da eine externe Intelligenz dem Menschen die Freiheit gestattet, für einen Augenblick die Naturgesetze aufzuheben und sonst verbotene Dinge zu tun." Christen sähen den Tod als eine "letzte Zufluchtszone", in der nichts mehr passieren könne. "Er muss keine Totalvernichtung sein, sondern ist vielleicht so etwas wie ein Kostümwechsel oder eine Gütertrennung, bei der ein Teil zurückbleibt und der andere dorthin geht, woher er kam, und bei der die Buchseite nicht verbrannt, sondern womöglich neu und noch schöner geschrieben wird."

### **Ort des Sterbens wichtig**

Aufgabe der Sterbebegleitung sei es, zu möglichst förderlichen Rahmenbedingungen dieses bedeutenden Moments beizutragen und den Herzenswunsch nach Geborgenheit zu erfüllen, so Huber an das Publikum beim Wiener Hospiz-Symposiums. Er riet dabei, es ernst zu nehmen und nicht lange die Gründe dafür zu hinterfragen, wenn Menschen zuhause sterben wollten. Intellektuell sei dieser Wunsch durchaus gerechtfertigt, hätten die Norweger May-Britt und Edvard Moser, Nobelpreisträger für Medizin 2014, gezeigt: "Sie entdeckten, dass unser Gehirn eine Art inneres GPS-System besitzt und Orte - besonders die positiv besetzten - abspeichert. So entsteht eine bestimmte Beziehung zu einem Ort und man kann sich zuhause geborgen fühlen", erklärte der Forscher.

Aufschlüsse über die tatsächlichen Todesorte gibt eine aktuelle Studie des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock. Das Team um Studienleiterin Angela Carollo bestätigte dabei den rückläufigen Anteil der Menschen, die im Spital sterben. In Dänemark - Huber zufolge ist der Trend jedoch in ganz Westeuropa derselbe - sank der Prozentsatz der im Krankenhaus Sterbenden zwischen 1980 und 2014 von 56 auf 44 Prozent bei Männern, sowie bei Frauen von 49 auf 39 Prozent. Dies sei eine positive Entwicklung, werde doch der Tod im Krankenhaus von den meisten Menschen nicht ein "guter Tod" assoziiert, betonte Huber.

Dennoch zeigte die Studie auch Probleme auf: Bei der - demografisch stark wachsenden - Altersgruppe der Über-80-Jährigen stagnierte der Anteil der im Spital Sterbenden, bei den Menschen ab 90 Jahren stieg er sogar. Huber verwies zudem auf ein weiteres Studienergebnis, wonach Personen mit mittlerem und hohem Einkommen eher im Krankenhaus sterben als jene aus der Gruppe mit niedrigem Einkommen. "Ob hier die Zuneigung durch das Geld ersetzt wird? Für Moderne ist dies ein nicht abzuwehrender Gedanke", so der Mediziner.

## Orden kritisiert "zynische Politik des Westens in Syrien"

**In Aleppo tätiger Orden der Blauen Maristen wirft in Schreiben an Linzer Hilfswerk ICO dem Westen vor, vielfach den Wiederaufbau Syriens unmöglich zu machen: "Wir sind wütend"**

Damaskus-Linz (KAP) Der Orden der Blauen Maristen, der in der nordsyrischen Stadt Aleppo tätig ist, übt heftige Kritik an der "zynischen Politik des Westens in Syrien". Diese Politik verhindere, dass das Land und seine Bewohner wieder Fuß fassen und auf eigenen Beinen stehen könnten. Nabil Antaki, ein Vertreter des Ordens, äußerte sich in einem aktuellen Schreiben an das Linzer Hilfswerk "Initiative Christlicher Orient" (ICO), das "Kathpress" vorliegt. "Weder Friede noch Krieg", fasst Antaki darin die derzeitige Situation für die Bevölkerung Syriens zusammen.

Die syrische Regierung sei bislang von den internationalen Akteuren davon abgehalten worden, mit Idlib die letzte Provinz zu befreien, in der sich noch Terroristen aufhalten, darunter 30.000 Ausländer. Die Region werde inzwischen nur mehr von radikalen Islamisten kontrolliert. Dem Westen gehe es aber nicht darum, die durch die militärische Operation wahrscheinliche humanitäre Krise zu verhindern. Man wolle schlicht nicht, dass die in Idlib konzentrierten Terroristen nach Europa fliehen könnten. Das sei nichts anderes als bitterster "Zynismus", so Antaki.

Der Ordensvertreter beschrieb zugleich die absurde Situation in den Gebieten, die von den Kurden gehalten werden. Hier stehe ein Krieg mit der Türkei bevor, warnte Antaki. Er verwies auf die Stadt Manbidsch: Die Stadt selbst werde von kurdischen Milizen gehalten, zugleich patrouillierten amerikanische Einheiten, fünf Kilometer weiter nördlich würden türkische Truppen die Stadt belagern bzw. belauern und 15 Kilometer weiter im Süden steht die syrische Armee.

"Wir sind wütend. Wir sind wütend wegen der illegalen Präsenz der USA und der Türkei in einem unabhängigen Staat. Wir sind wütend wegen des anstehenden türkisch-kurdischen Krieges, wodurch es wieder keinen Frieden geben wird." Alle ausländischen Eindringlinge sollten Syrien endlich verlassen, so der Appell des Ordensvertreters. Solange es keine stabilen Frieden gibt, könne es auch keinen Wiederaufbau des Landes geben. Antaki: "Die Menschen leiden nach wie vor. Die Wirtschaft liegt nach wie vor danieder, Armut und Arbeitslosigkeit sind enorm." Scharf kritisierte Antaki auch die Sanktionen der EU und der USA gegen Syrien. Diese hätten

keinerlei Einfluss darauf, dass es endlich Frieden gibt, würden andererseits aber die humanitäre Krise im Land verschlimmern.

Angesichts dieser Situation sei es kein Wunder, dass immer noch viele Syrer ihr einziges Heil im Auswandern sehen. Dies gelte auch besonders für die Christen. Antaki verwies auf jüngste Aussagen des Apostolischen Nuntius in Syrien, Kardinal Mario Zenari. Dieser hatte darauf verwiesen, dass die Christen nur mehr zwei Prozent der syrischen Bevölkerung ausmachten und damit in absoluten Zahlen vielleicht noch 500.000 seien. In Aleppo habe es vor dem Krieg zwischen 150.000 und 200.000 Christen gegeben. Nun seien noch 25.000 bis 30.000 übrig.

Die Maristen unterstützen mit ihren Hilfsprogrammen in Aleppo seit vielen Jahren die notleidende Bevölkerung. So stellt der Orden beispielsweise für 3.000 Kinder Milch bzw. Babynahrung zur Verfügung. Für 300 kriegsvertriebene Familien bezahlt der Orden die Miete für notdürftige Übergangsquartiere in Aleppo. Die Maristen sind auch im Flüchtlingscamp Shaba tätig, wo sie 125 kurdische Familien betreuen, die vor der türkischen Armee aus Afrin geflohen sind.

Weiters haben die Maristen verschiedenen Hilfsprogramme laufen, mit den sie kriegstraumatisierten Kindern zurück in ein normales Leben helfen wollen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt zudem seit zwei Jahren auf einem Berufsausbildungsprogramm für junge Leute. So wurden inzwischen 200 Kleinprojekte finanziert, mit denen die jungen Leute eigene kleine Geschäfte oder Handwerksbetriebe eröffnen konnten. Die ICO unterstützt seit 2016 die Maristen in Aleppo bei ihren vielfältigen Hilfsaktionen.

Kritik übte Antaki in seinem Schreiben an den internationalen Hilfsorganisationen. Zwar gebe es Geld für Nahrungsmittelhilfe, Medikamente oder auch die Renovierung von Häusern und Kirchen. Aber bei der Finanzierung von Beschäftigungsprojekten, die es den Menschen vor Ort ermöglichen, auf eigenen Füßen zu stehen und im Land zu bleiben, werde immer mehr gespart. "Dann haben wir hier bald schön renovierte und zugleich leere Kirchen."

---

## A L S V O R S C H A U G E L A U F E N

---

### Fastenzeit: Karmeliten laden zu Online-Exerzitien ein

**Die diesjährigen Texte stammen größtenteils von der Hl. Teresa Benedicta a Cruce (Edith Stein)**

Wien (KAP) Von 6. März bis 28. April 2019 bieten die Unbeschulten Karmeliten in Österreich die "KarmelExerzitien Online" nach Texten der Karmeliten in Paris an, um sich auf Ostern, das große Fest des Kirchenjahres, vorzubereiten. Die Ordensgemeinschaft setzt diesen Service seit 2012 um; mittlerweile werden die Online Exerzitien an ca. 20.000 Teilnehmer versendet und das übersetzt in mehrere Sprachen. Nach der Anmeldung auf der Karmeliterwebsite (<https://mailchi.mp/karmel/anmeldung>) erhalten Interessierte am Aschermittwoch (6. März 2019) eine Einführung. Danach versendet die Ordensgemeinschaft ein wöchentliches E-Mail jeden Freitag.

Diese Mails beinhalten einen Kommentar zur ersten Lesung des kommenden Sonntags, Texte Edith Steins mit Reflexion, einen Fastenkalender für das tägliche Gebet mit sechs kurzen Meditationen in Bildern, mit Bibelzitat und Zitaten der Hl. Edith Stein, sowie eine praktischen Herangehensweise für den Alltag.

Die Idee dahinter ist, Menschen, die keine Exerzitien besuchen können, einen spirituellen Impuls zu geben. In Übereinstimmung mit der Spiritualität des Karmels rufen die Impulse dazu auf, sich Zeit zu nehmen, um sich zurückzuziehen, um alleine Gebetszeiten zu halten und geistliche Lektüre zu lesen. Das wöchentliche Format bietet dazu eine gewisse Flexibilität und Unabhängigkeit durch die technische Übertragung. "Nichts kann aber das persönliche Gebet ersetzen

und die Beziehung mit Gott, von Herz zu Herz. Deshalb fordern diese Exerzitien ein gewisses Engagement", heißt es in der Ankündigung.

Die diesjährigen Texte stammen größtenteils von der Hl. Teresa Benedicta a Cruce OCD (Edith Stein; 1891-1942), einer Mit-Patronin von Europa. Bevor sie in den Karmel eintrat und ihren Ordensnamen angenommen hat, war sie Philosophin und Dozentin. Sie wurde als Jüdin geboren, wandte sich später dem Agnostizismus zu und begab sich auf die Suche nach Wahrheit. Durch die Philosophie und die Ereignisse in ihrem Leben entdeckte sie schließlich Christus und ließ sich im Alter von 31 Jahren taufen.

Edith Stein wurde eine bemerkenswerte katholische Intellektuelle, der von den Nazis die Lehrerlaubnis entzogen wurde. Im Jahr 1933 trat sie in den Kölner Karmel ein, von wo sie 1939 nach Holland in den Karmel in Echt fliehen musste. Dort wurden sie und ihre Schwester festgenommen und nach Auschwitz deportiert, wo Edith Stein am 9. August 1942 starb. Hinterlassen hat sie uns ihr Werk und eine starke Botschaft. In dieser Fastenzeit werden uns ihre Schriften und ihr Leben begleiten, wenn wir uns auf den Weg machen, Christus nachzufolgen, der Auferstehung entgegen.

Die Online-Exerzitien wurden von Pater Philippe Hugel (Konvent von Avon) und einem Team zusammengestellt. Eingebunden waren die Karmeliten von Avon und von Montmartre. Infos zu Karmeliten und Exerzitien: [www.karmel.at](http://www.karmel.at).

### Kirchenzeitungen: Siebenteilige Fastenserie von Melanie Wolfers

**Die 47-jährige Salvatorianerin ist eine der bekanntesten christlichen Autorinnen im deutschsprachigen Raum - Sie wurde in Schleswig-Holstein geboren und lebt heute in Wien**

Linz-Wien (KAP) Die diesjährige Fastenserie der österreichischen Kirchenzeitungen trägt den Titel "Trau dich, es ist dein Leben" und stammt aus der Feder der Philosophin und Theologin Sr. Melanie Wolfers. Die 47-jährige Salvatorianerin ist eine der bekanntesten christlichen Autorinnen

im deutschsprachigen Raum. Sie wurde in Schleswig-Holstein geboren und lebt heute in Wien.

Wolfers studierte Theologie und Philosophie in Freiburg im Breisgau und München und promovierte in theologischer Ethik. Nach Abschluss ihrer Studien arbeitete sie als

Hochschulseelsorgerin in München. 2004 trat sie in Österreich in den Orden der Salvatorianerinnen ein. Wolfers ist international gefragte Referentin und "Spiegel"-Bestsellerautorin. Sie leitet das Projekt "ImpulsLEBEN" ([www.impulsleben.at](http://www.impulsleben.at)), das sich an junge Erwachsene richtet.

"Trau dich, es ist dein Leben" ist auch der Titel des erst letzten Herbst erschienenen jüngsten Buchs der Erfolgsautorin. Es wurde zum Hit auf dem deutsch-österreichischen Buchmarkt. Für die Kirchenzeitungen verdichtete Wolfers in der neuen siebenteiligen Reihe ihre Erkenntnisse zum Thema "Mut". Ihre klare Sprache hilft, innere menschliche Vorgänge in den Blick zu nehmen - das eigene Verhalten auszuleuchten - und selbst Mut zu fassen. -

Dabei lässt sich Melanie Wolfers Zeit, sie lässt ihre Gedanken ausreifen, ehe sie sich damit an die Öffentlichkeit wagt. Verbunden weiß sich Melanie Wolfers mit dem geistlichen Schriftsteller Andreas Knapp, der im Vorjahr die Fastenzeitbeiträge für die Kirchenzeitungen gestaltet hat. Heuer werden mehrere Gedichte von ihm zu lesen sein.

### **Nöte und Sehnsüchte**

In einem Interview mit der Innsbrucker diözesanen Kirchenzeitung "Tiroler Sonntag" bezeichnete Wolfers ihr jüngstes Buch "Trau dich, es ist dein Leben - Die Kunst, mutig zu sein" als autobiographisch. "Ich nehme eine Not oder Sehnsucht wahr, denke darüber nach und beginne zu schreiben. Dabei stehen mir zwar nicht einzelne Menschen vor Augen, aber ich schreibe dennoch im Blick auf die Menschen, mit denen ich in Kontakt bin", so Wolfers. Sie bekannte sich in dem Interview dazu, dass seine Meinung zu ändern, oft sehr großen Mut erfordere.

Im Buch werde auch das Tabuthema "Scheitern" behandelt, sagte die Salvatorianerin: "Scheitern ist eine reale Möglichkeit und gehört zum Leben dazu. Wir alle treffen Entscheidungen in eine offene Zukunft hinein und müssen daher nüchtern mit der Möglichkeit des Scheiterns rechnen. Die Angst davor kann zu Entscheidungsblockaden führen. Nur ist es die schlechteste Entscheidung, sich nicht zu entscheiden. Daher braucht es auch ein Vertrauen darauf, dass ich

einen Weg finde, damit zu leben, wenn etwas anders ausgeht als erhofft."

Wolfers zitierte Erzbischof Helder Camara, der gesagt hatte: "Es ist eine göttliche Gnade, gut zu beginnen. Es ist eine größere Gnade, auf dem Weg zu bleiben und den Rhythmus nicht zu verlieren. Die Gnade aller Gnaden ist es aber, auch zerbrochen und erschöpft vorwärts zu gehen bis zum Ziel."

Heute seien die Menschen viel mehr als früher der eigenen Freiheit überantwortet, anders als vor 50 Jahren, als den in einem katholischen Milieu Aufgewachsenen ziemlich klar gewesen sei, "was geht und vor allem was nicht geht", betonte die Autorin. Dies sei für die jungen Menschen nicht mehr so, und um das eigene Leben erfüllend zu gestalten, "braucht es ein gutes Gespür für sich selbst". Die Gesellschaft fördere das nicht, "sondern wir lenken uns mit vielen verschiedenen Medien ab".

Beim Beschäftigen mit sich selbst kämen immer auch Dinge hoch, vor denen man gerne fliehe, berichtete Melanie Wolfers. Dies seien unangenehme Gefühle, Neid, Zorn, Ohnmacht, Scham oder Enttäuschung. "Deshalb braucht es den Mut, sich selbst kennenlernen zu wollen. Und es ist hilfreich, im Blick zu haben, dass man sich mit der Zeit verändert. Treue zu sich selbst bedeutet auch, zu dieser Veränderung zu stehen. Es erfordert zum Teil mehr Mut, seine Meinung zu ändern, als bei ihr zu bleiben", so ihr Fazit.

Auf ihrer Website ([www.melaniewolfers.de](http://www.melaniewolfers.de)) findet sich eine Übersicht über die zahlreichen Seminare und Vorträge von Melanie Wolfers. In der Fastenzeit tritt sie in OÖ, NÖ, Tirol und Wien auf, und zwar in: Braunau (7.3., 19.30 Uhr, Veranstaltungszentrum), Spital/Pyhrn (10.3., 17 Uhr, Pfarrsaal), Stift Kremsmünster (13.3., 19.30 Uhr, Theatersaal), Stift Seitenstetten (14.-15.3., Bildungszentrum), Ried (18.3., 19.30 Uhr, Bildungszentrum St. Franziskus), Sarleinsbach (19.3., 19.30 Uhr, GH Kirchenwirt), Pabneukirchen (20.3., 19.30 Uhr, Pfarrzentrum), Innsbruck (30.3., Tagesseminar im Bildungshaus Marillac), Stift Wilten (1.4., 19 Uhr), Wien (3.4., 18.30 Uhr, Erzbischöfliches Palais, und 4.4., 19.30 Uhr, Stiftspfarr St. Ulrich).

## Marienschwestern unterstützen Fastenwillige mit App

**"Leichter Leben Coach"-App hilft kostenlos bei Vor- und Nachbereitung des Aufenthalts in einem der beiden Curhäuser der Schwestern in Oberösterreich**

Linz (KAP) Fasten-, Ernährungs- und Detox-Gäste der Curhäuser der Marienschwestern in Oberösterreich können sich künftig bei der Vor- und Nachbereitung ihres Aufenthalts durch eine österreichweit einzigartige App kostenlos unterstützen lassen. Wirklich Sinn mache eine Fastenwoche nämlich nur dann, "wenn man eine Woche vor und zwei Wochen nach dem Aufenthalt zumindest die Ernährung umstellt", hieß es in einer Aussendung der Ordensfrauen am Donnerstag. Konkret hilft der "Leichter Leben Coach" Besuchern täglich mit Rezepten, Tipps, Videos und Informationen zu allen fünf Säulen der Gesundheit im Sinne der "Traditionellen Europäischen Medizin" (TEM).

Die Kurzvideos zeigen etwa, wie Anwendungen richtig ausgeführt werden, geben Bewegungstipps und helfen bei der Umsetzung einfacher Rezepte. Die App liefert darüber hinaus auch Kräutertipps und Anregungen zum Ausruhen und Loslassen.

Entlastungs- oder Einstimmungstage seien die Basis für eine heilsame und angenehme Reinigungserfahrung, denn "von hundert auf null, das ist erstens schwer zu schaffen und zweitens auch nicht sinnvoll", erläuterte auch Fritz Kaindlstorfer, Geschäftsführer der Curhäuser der

Marienschwestern in Bad Mühlacken und Bad Kreuzen. Bisher wurden die Gäste im Vorfeld angeschrieben und mit Tipps versorgt. Das übernehme nun der "Leichter Leben Coach" und zwar so, "dass ihn wirklich jeder - egal auf welchen Endgeräten - nutzen kann".

Sich zumindest eine Woche für die Vorbereitung eines Aufenthalts Zeit zu nehmen, empfahl auch Sr. Michaela Pfeiffer, Generaloberin des Ordens der Marienschwestern vom Karmel; denn der Umstieg ins Fasten gelinge Körper und auch Geist leichter und besser, wenn die Veränderung langsam erfolge. Genau bei diesem Umstieg in eine Zeit des Loslassens und Entgiftens soll die App "kompetent, unaufdringlich und auf moderne Art und Weise" unterstützen. Die App helfe auch dabei, "nicht gleich wieder in alte ungesunde Muster zurückzufallen", erläuterte Elisabeth Rabeder, Fastenexpertin der Marienschwestern und Betriebsleiterin in Bad Mühlacken. Zumeist brauche es nur etwas mehr Achtsamkeit im Alltag, "um wenigstens einen Teil des Erfolgs lange erhalten zu können".

Nutzbar ist die App nicht nur auf Smartphones oder Tablets; sondern auch auf dem Heimcomputer. (Infos: <https://www.tem-zentrum.at>)

## Amazonien-Synode findet vom 6. bis 27. Oktober statt

**Vorbereitungsseminar für das weltkirchliche Treffen im Vatikan gestartet - Papst empfing Bischöfe und Kardinäle aus Brasilien und Kolumbien**

Vatikanstadt (KAP) Der Vatikan hat das genaue Datum für die Amazonien-Synode im Herbst bekanntgegeben. Demnach findet die Bischofsversammlung vom 6. bis zum 27. Oktober im Vatikan statt. Wie das Synodensekretariat am Montag weiter mitteilte lautet das genaue Thema: "Amazonien: neue Wege für die Kirche und eine ganzheitliche Ökologie". Angekündigt war das Treffen von Bischöfen und Ordensvertretern aus Ländern der Amazonas-Region bereits länger; ein genaues Datum fehlte noch.

Die Synode soll über neue Formen von Seelsorge in Gebieten mit wenigen Priestern beraten, die Rechte von Indigenen stärken sowie ökologische

Aspekte der Region behandeln. Am Montag begann in Rom ein Seminar zur Vorbereitung der Synode. Am Vormittag empfing Papst Franziskus den brasilianischen Kardinal Claudio Hummes, den kolumbianischen Bischof Juan Carlos Barreto Barreto sowie einen weiteren Vertreter des panamazonischen Kirchennetzwerks Repam.

Unter den 80 Teilnehmern des Amazonien-Seminars sind die Vorsitzenden der Bischofskonferenzen im Amazonas-Gebiet sowie weitere Bischöfe, mehrere Kardinäle, Ordensleute und Experten. Aus Deutschland soll Misereor-Chef Pirmin Spiegel anreisen, aus Peru die deutsche Missionsärztliche Schwester Birgit

Weiler. Sie lehrt an der Jesuitenuniversität in Lima und engagiert sich für die Rechte Indigener.

Nach der vom Papst im Herbst reformierten Synodenordnung erhaltende solche

vorbereitenden Elemente ein größeres Gewicht. Auch vor der Jugendsynode vom Oktober 2018 hatte es ein Jahr zuvor ein solches Seminar gegeben.

---

## A U S L A N D

---

### **Kurienkardinal bestätigt Vatikanrichtlinie für Priester als Väter**

**Im Zentrum des Umgangs mit Priestern, die Väter werden, stehe das Kindeswohl, betont Kleruskongregation-Präfekt Kardinal Stella in einem aktuellen Interview mit der Vatikanzeitung "Osservatore Romano"**

Vatikanstadt (KAP) Beim Umgang der katholischen Kirche mit Priestern, die Väter werden oder schon sind, soll das Kindeswohl an erster Stelle stehen. Diesen Grundsatz bestehender interner Richtlinien hat der Leiter der vatikanischen Kleruskongregation, Kardinal Beniamino Stella, bekräftigt. Daher müsse der Priester in der Regel auch seinen Klerikerstand aufgeben und seinen Pflichten als Vater nachkommen, sagte Stella in einem Gespräch, das die Vatikanzeitung "Osservatore Romano" am Donnerstag veröffentlichte.

Die Verpflichtung gelte nicht nur finanziell. "Zum Aufwachsen eines Kindes gehört vor allem auch elterliche Zuneigung, eine angemessene Erziehung, all das, was eine wirksame und verantwortliche Vaterschaft ausmacht, gerade in den frühen Lebensjahren", so Stella.

Der Kardinal räumte ein, dass manche Bischöfe und Ordensobere den Priester im Dienst halten und allenfalls versetzen wollen. Sie meinten, mit der Zahlung von Alimenten sei es getan. Auch weigerten sich manche Priester, den Klerikerstand zu verlassen. Dann veranlasse dies die Kleruskongregation. Ausnahmen seien sehr selten, etwa wenn der Fall so spät bekannt wird, dass die Kinder des Priesters bereits erwachsen sind, so der Präfekt.

"Natürlich muss jeder Fall nach seinen eigenen Gesichtspunkten und in seiner eigenen Besonderheit geprüft werden", so Stella. Das erfordere flexiblen Umgang mit den Situationen. "Wichtig ist aber, dass der Priester versteht, was seine Verantwortung ist."

Nach Aussage Stellas gehen die Richtlinien zurück auf einen Vorschlag des früheren Chefs der Kleruskongregation, Kardinal Claudio Hummes, an den damaligen Papst Benedikt XVI. (2005-2013) vor rund zehn Jahren. Hummes hatte Benedikt XVI. damals vorgeschlagen, in solchen Fällen auch Priester, die jünger als 40 Jahre sind, aus dem Klerikerstand zu entlassen. Bis dahin sah das Kirchenrecht eine entsprechende Wartezeit vor. In der Folge waren die Richtlinien der Kongregation auch an verschiedene Bischofskonferenzen zur Stellungnahme geschickt worden.

Im Jahr 2017 hatte auch Vincent Doyle, Sprecher von "Coping International", einer internationalen Vereinigung von Kindern katholischer Priester, dazu Stellung genommen. Dadurch waren diese Richtlinien erstmals öffentlich bekannt geworden. Stella betonte, die Bestimmungen seien "intern", aber "nicht geheim". In der vergangenen Woche hatte Vatikansprecher Alessandro Gisotti bestätigt, dass es bei der Kleruskongregation solche Richtlinien gibt.

### **Mord an Kräutler-Mitarbeiterin: Auftraggeber kommt wieder in Haft**

**Brasiliens Oberstes Gericht hob Einstweilige Verfügung auf, die den im Fall der Ermordung der US-Ordensfrau Dorothy Stang zu 25 Jahren Haft verurteilten Landbesitzer auf freien Fuß setzte**

Brasilia (KAP) Brasiliens Oberstes Gericht hat den bereits in drei Instanzen verurteilten Auftraggeber des Mordes an der US-Ordensfrau Dorothy

Stang zurück ins Gefängnis beordert. Damit hob das Gericht die von einem der Obersten Richter im Mai erlassene Einstweilige Verfügung auf, die



den zu 25 Jahren Haft verurteilten Landbesitzer auf freien Fuß setzte, wie brasilianische Medien am Donnerstag berichten. Der 2005 verübte Mord an Stang, die eng mit dem brasilianisch-österreichischen Amazonas-Bischof Erwin Kräutler zusammenarbeitete, sorgte für internationales Aufsehen; die Justizposse zeigt die Langsamkeit der brasilianischen Justiz. Beobachter haben die Vermutung, dass an dem Fall ein juristisches Exempel statuiert werden soll.

Der Oberste Richter Marco Aurelio Mello hatte dem Landbesitzer Reginaldo Pereira Galvao im Mai zugestanden, in Freiheit auf die Revision seines Falles vor dem Obersten Gericht zu warten. Galvao war 2010 erstinstanzlich zu 30 Jahren Haft verurteilt worden. Er soll für den Mord an Stang, die sich für die Rechte von Kleinbauern im Amazonasgebiet engagiert hatte, mehrere tausend Euro gezahlt haben.

Doch bereits 2012 gestand Richter Mello Galvao zu, in Freiheit auf seine Berufung in zweiter Instanz zu warten. Obwohl die Strafe von dieser Instanz bestätigt wurde, blieb Galvao weiterhin frei. Die dritte Instanz reduzierte seine Strafe 2017 auf 25 Jahre. Dank Mellos Einstweiliger Verfügung blieb er auf freiem Fuß.

Die katholische Landpastoral Brasiliens hatte damals die Freilassung Galvaos kritisiert. Sie verdeutliche die absurden Zustände rund um

die Landfrage in Brasilien. Im Februar 2005 war die damals 73-jährige Missionarin Stang in der Stadt Anapu erschossen worden. Galvao hat als einziger der fünf Verurteilten seine Strafe noch nicht angetreten. Die vier Mittäter sind inzwischen wieder frei, nachdem ihre Haftzeiten reduziert wurden.

Hintergrund des juristischen Hin-und-Hers ist die Frage, ob Verurteilte die Haft antreten müssen, bevor die vierte Instanz entschieden hat und damit der Rechtsweg völlig ausgeschöpft ist. Am 10. April will das Gericht diese Frage erneut beraten. Aufgrund der Langsamkeit des überlasteten Obersten Gerichts verjähren viele Fälle. Wer über gute und teure Anwälte verfügt, die das Verfahren bis zur vierten Instanz tragen, hat große Chancen, straffrei zu bleiben.

Anders sieht die Realität für die meisten der rund 800.000 Häftlinge in Brasilien aus. Etwa die Hälfte wartet im Gefängnis auf den Prozess in erster Instanz; sie sitzen also meist in unzulänglich langer Untersuchungshaft. Doch es trifft auch Prominente: Der wegen Korruption und Geldwäsche verurteilte Ex-Präsident Luiz Inacio Lula da Silva (2003-2010) sitzt seine Haftstrafe seit fast einem Jahr ab, obwohl die Revisionen in dritter und vierter Instanz noch anstehen. Seine Verteidiger halten ihn deswegen für einen "politischen Gefangenen".

## Ordensvertreterin in Brüssel für mehr Miteinander in Europa

**UCESM-Generalsekretärin Sr. Bruinen vertritt 39 nationale Konferenzen der Höheren Ordensoberen und Ordensoberinnen aus 28 europäischen Ländern: Kulturelle und religiöse Vielfalt in Europa wertschätzen**

Wien-Brüssel (KAP) Die Dominikanerin und Generalsekretärin der "Vereinigung der europäischen Ordensobern" (UCESM) in Brüssel, Sr. Marjolein Bruinen, hat ein respektvolles Miteinander aller Völker in Europa eingemahnt. Die kulturelle und religiöse Vielfalt Europas gelte es zu akzeptieren und wertzuschätzen, sagte die Ordensfrau am Donnerstag in einer Aussendung der Ordensgemeinschaften Österreichs. "Wichtig ist in allen gesellschaftlichen Bereichen, dass man stehen lassen kann, akzeptieren kann und auch einmal sagen kann: Ja, bei uns ist das anders, aber nicht besser und nicht schlechter." Die Ordensfrau räumte allerdings ein, einander zu schätzen und zu akzeptieren sei eine große Herausforderung.

Sr. Bruinen war auf Besuch in Österreich, um an der Ordensfrauen-Tagung am 27. Februar in Vöcklabruck teilzunehmen. Sie hat gute Kontakte in alle EU-Mitgliedsländer und gleichzeitig eine Akkreditierung in Brüssel, mit der sie zu allen Versammlungen und Veranstaltungen der Europäischen Union Zugang hat, "um die Anliegen und Vorschläge, die Meinung und das Wirken der Ordensleute einzubringen". In Vöcklabruck berichtete sie von vielen Initiativen verschiedener Orden, die länderübergreifend Verständigung und Zusammenarbeit fördern.

Die Ordensfrau ermutigte die Bevölkerung auch, an der kommenden Europawahl teilzunehmen. Damit könne jeder europäische

Bürger Einfluss auf die Politik der EU nehmen und diese mitgestalten.

Die UCESM vertritt 39 nationale Konferenzen der Höheren Ordensoberen und Ordensoberinnen aus 28 europäischen Ländern und fördert

den Austausch und die Beziehungen zwischen den Ordensleuten Europas und auf internationaler Ebene. Zum neuen UCESM-Präsidenten wählten die Ordensvertreter den ungarischen Piaristenpater Zsolt Labancz.

## Papst bestätigt vereinbarte Ausrichtung des Jesuitenordens

**Orden legt Schwerpunkte für weltweite Tätigkeit im kommenden Jahrzehnt fest - Österreichischer Provinzial Bürgler: Ziele betreffen "große Nöte unserer Zeit und Welt"**

Wien-Rom (KAP) Papst Franziskus hat die inhaltliche Ausrichtung des Jesuitenordens offiziell bestätigt und bekräftigt. Das teilte die österreichische Provinz der Jesuiten in Wien mit. Erstmals in der Geschichte des Ordens hätten alle Mitglieder weltweit mitdiskutiert, was die Gesellschaft Jesu in den nächsten zehn Jahren für sich und die Kirche bewirken wolle. Herausgekommen seien vier Schwerpunkte, für die das katholische Kirchenoberhaupt seine Zustimmung gegeben habe. Diese seien nun vom Generaloberen Pater Arturo Sosa mit Schreiben an den ganzen Orden und dessen Mitarbeiter vom Dienstag veröffentlicht worden.

Zur künftigen Ausrichtung soll demnach gehören, durch ignatianische Unterscheidung und Exerzitien zu helfen, einen Weg zu Gott zu finden. Auch an der Seite der Benachteiligten sehen sich die Jesuiten. Sie wollen für die Armen und Ausgestoßenen sowie auch für die in ihrer Würde Verletzten für Versöhnung und Gerechtigkeit eintreten. Weiter gehe es darum, Jugendliche und junge Erwachsene bei der Gestaltung einer hoffnungsvollen Zukunft zu begleiten. Auch gelte es, in der Sorge um das gemeinsame Haus der Schöpfung zusammenzuarbeiten. Für den Generaloberen Sosa sind diese Ziele, "der beste Weg, wie der Orden, mit dem was er sei und habe, der Kirche heute dienen könne".

Er sei dankbar über das Vorliegen der neuen Präferenzen, die "wichtige Bereiche, große

Nöte unserer Zeit und Welt" betreffen, erklärte Pater Provinzial Bernhard Bürgler SJ für die österreichische Jesuitenprovinz. Ein erster Schritt werde nun sein, die Tätigkeiten der Jesuiten in Österreich vor diesem Hintergrund anzuschauen, so Bürgler: "Stimmt die Richtung, in der wir als Jesuiten in Österreich unterwegs sind? Sind wir dort, wo wir sein sollen? Das sind Fragen, denen wir uns nun stellen müssen."

Für die deutsche Provinz erklärte Provinzial Johannes Siebner nach Angaben der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), man freue sich darüber, im Orden weltweit eine so große Übereinstimmung zu haben. Die Schwerpunkte seien eine gute Gelegenheit, die eigenen Werke und Einrichtungen in dieser Weise anzupassen, "damit wir gut darauf vorbereitet sind, wenn wir 2021 - zusammen mit den Jesuiten in Litauen, Österreich und der Schweiz - eine neue Provinz gründen werden".

Der Papst habe sich bei den Jesuiten für ihre Arbeit bedankt, heißt es in der Mitteilung. Die vier Ziele stünden im Einklang mit den gegenwärtigen apostolischen Prioritäten der Kirche, die durch das ordentliche Lehramt des Papstes, die Synoden und Bischofskonferenzen, insbesondere durch das apostolische Schreiben "Evangelii Gaudium" zum Ausdruck kämen, schreibt Franziskus, der selber dem Jesuitenorden angehört.

## Jesuiten fordern Nationalen Dialog in Haiti

**Ordens-Oberer Saint-Felix: Land erlebt humanitäre Katastrophe und Unverantwortlichkeiten der politischen Führung**

Port-au-Prince (KAP) Nach tagelangen Demonstrationen gegen Haitis Präsidenten Jovenel Moise hat der Jesuiten-Oberer Jean Denis Saint-Felix die Konfliktparteien in dem Karibikstaat aufgerufen,

sich an einen Tisch zu setzen: "Ein nationaler Dialog kann nicht warten", zitierten haitianische Medien laut einem Bericht der deutschen

Katholischen Nachrichten-Agentur KNA (Freitag) aus einer Stellungnahme der Jesuiten des Landes.

Das Land erlebe eine humanitäre Katastrophe und Unverantwortlichkeiten der politischen Führung, heißt es in dem Schreiben. Die jüngste Rede des Präsidenten habe in der Bevölkerung Enttäuschung, Wut und Ablehnung ausgelöst, weil der Regierungschef keinerlei Maßnahmen zu Lösung der Krise angekündigt habe. Bereits in der vergangenen Woche hatten die katholische Bischöfe in Haiti gewarnt, dass das Land "am Rand des Abgrunds" stehe.

Seit nunmehr zwei Wochen protestieren in Haiti tausende Menschen gegen Präsident

Moïse und seine Politik. Kritiker und die Opposition werfen ihm Korruption und das Nichteinhalten von Wahlversprechen vor und fordern seinen Rücktritt.

Bei den Kundgebungen ging die Polizei mit großer Härte vor. Bisher gab es mindestens neun Tote und zahlreiche Verletzte. Das öffentliche Leben ist mittlerweile weitgehend zum Stillstand gekommen. Als Folge der Proteste, bei denen auch Straßensperren errichtet und angezündet wurden, sind viele Schulen geschlossen, und der öffentliche Verkehr ist teilweise eingestellt.

## Steyler Missionar: China verschärft Kontrolle über Katholiken

**Direktor des China-Zentrums in St. Augustin, Martin Welling: Seit jüngstem Abkommen zwischen China und dem Vatikan sind Christen im Untergrund orientierungslos**

München (KAP) Der Steyler Missionar und Direktor des China-Zentrums im deutschen St. Augustin, Pater Martin Welling, sieht mit Sorge die Situation der Katholiken in China. Die Partei erwarte, dass alle nur noch in offiziell registrierten Gemeinden ihr Glaubensleben ausübten, sagte Welling dem "missio magazin" des internationalen katholischen Missionswerks "missio München". Das verursache eine zunehmende Unterdrückung. So bereite China derzeit ein neues Gesetz vor, das religiöse Aktivitäten im Internet verbiete. Sollte es verabschiedet werden, dürften auf Sozialen Medien keine religiösen Aktivitäten im Internet mehr gezeigt werden. Selbst Hochzeitsfotos könnten von dem Verbot betroffen sein.

Nach dem jüngsten Abkommen zwischen China und dem Vatikan vom September 2018 seien die Christen im Untergrund orientierungslos, sagte der Ordensmann. Viele seien auch

enttäuscht, dass die Untergrundkirche und deren treue Bischöfe, die viel gelitten hätten, nicht in vatikanischen Verlautbarungen zum Vertrag angesprochen worden seien. Auch Papst Franziskus erwähne sie nicht in seinem zu dem Abkommen veröffentlichten Brief. Ohne konkrete Texte oder verbindliche Interpretationen habe es die Untergrundgemeinschaft aber schwer, sich gegen staatliche Unterdrückung zu wehren, so Welling.

In China untersteht laut Mitteilung jede Religionsgemeinschaft der staatlichen Kontrolle. So werden katholische Bischöfe von der kommunistischen Regierung Pekings ernannt, nicht vom Vatikan. Neben der offiziellen chinesischen Kirche hat sich deswegen auch eine Untergrundkirche gebildet, die sich an Rom orientiert. Das jüngste Abkommen zwischen China und dem Vatikan gesteht Rom nun erstmals wieder ein Mitspracherecht bei der Ernennung von Bischöfen zu.

## Papst ernennt Nachfolger für zurückgetretenen Abteilungsleiter

**Italienischer Theologe Bollati neuer Leiter der Abteilung für Lehrfragen in der Römischen Glaubenskongregation**

Vatikanstadt (KAP) Als Nachfolger für den österreichischen Ordensmann Hermann Geißler in der Glaubenskongregation hat Papst Franziskus den italienischen Theologen Riccardo Bollati zum Leiter der Abteilung für Lehrfragen ernannt. Wie der Vatikan am Montag weiter bekanntgab, war

Bollati bisher langjähriger Referent in der Lehrabteilung der Kongregation; er hatte Geißler bei Abwesenheit bisher vertreten.

Ende Jänner hatte Geißler um seine Entlassung gebeten. Damit wolle er weiteren Schaden von der Glaubenskongregation und von

seiner Gemeinschaft abwenden, hieß es damals in einer vatikanischen Erklärung. Der Rücktritt stand im Zusammenhang mit Anschuldigungen, die die ehemalige Angehörige der Gemeinschaft "Das Werk", Doris Wagner, seit längerem gegen ihn erhebt.

Er habe sie 2009 in der Beichte sexuell belästigt, so Wagner. Geißler, der derselben Gemeinschaft angehört, weist die Beschuldigungen als unwahr zurück. Gleichzeitig bat er darum, ein bereits eingeleitetes kirchenrechtliches Verfahren gegen ihn fortzusetzen, um die Vorwürfe zu klären.

## Litauen: Jesuiten-Erzbischof tritt mit 57 vom Bischofsamt zurück

### Scheidender Erzbischof von Kaunas, Lionginas Virbalas, nennt Gesundheitsprobleme und Wunsch nach Rückkehr zu Ordenspriester-Berufung als Gründe an

Vatikanstadt (KAP) Papst Franziskus hat den Rücktritt des erst 57-jährigen Erzbischofs von Kaunas in Litauen, des Jesuiten Lionginas Virbalas, angenommen. Das gab das vatikanische Presseamt am Freitag ohne Angabe weiterer Details bekannt. Virbalas selbst teilte in einem Eintrag auf seinem Facebook-Profil mit, dass er mit Erlaubnis des Papstes vom Bischofsamt in seine Berufung als Ordenspriester zurückkehre. Er hoffe, dass er so "angesichts von Gesundheitsproblemen und mit Blick auf die große Bedeutung der Ordensberufung, Gott und den Menschen besser dienen" könne, fügte der scheidende Erzbischof hinzu. Zugleich entschuldigte er sich für mögliche "Fehler" in seiner Amtszeit.

Virbalas war 2013 zum Bischof von Panevezys im Norden Litauens ernannt worden. 2015 wechselte er an die Spitze der litauischen Erzdiözese Kaunas. Vor seiner Bischofsernennung war

Virbalas Rektor des Päpstlichen Collegiums Russicum am Vatikan.

Der Generalsekretär der Litauischen Bischofskonferenz, Kestutis Smilgevicius, sagte auf Anfrage der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), Erzbischof Virbalas gehe "auf eigenen Wunsch". Niemand habe diesen Schritt erwartet. Mit sofortiger Wirkung sei Weihbischof Algirdas Jurevicius (46) Administrator der Erzdiözese Kaunas. Pressesprecher Darius Chmieliauskas kündigte für den Nachmittag weitere Details an. Bischofskonferenz-Generalsekretär Smilgevicius sagte der KNA weiter: "Wir sind zuversichtlich, dass Erzbischof Virbalas weiter für das Wohl der litauischen Kirche wie auch der Gesellschaft Jesu arbeiten wird."

Papst Franziskus besuchte die litauische Erzdiözese während seiner Baltikumreise im September 2018. In Kaunas feierte Franziskus dabei eine große Messe.

## Koptische Kirche gegen Todesurteile für Bischofsmörder

### Zwei Mönche wurden des Mordes am Abt des ägyptischen St. Makarios-Klosters, Bischof Anba Epiphanius, für schuldig befunden - Ägyptischen Großmufti muss Urteil noch bestätigen

Wien-Kairo (KAP) Die Todesurteile im Prozess um den Aufsehen erregenden Mord an dem Abt des ägyptischen St. Makarios-Klosters, Bischof Anba Epiphanius, gegen zwei Mönche Todesurteile verhängt haben in der koptischen Kirche Ablehnung ausgelöst. Bischof Agathon von Maghagha sprach von einer "Katastrophe", bezeichnete den Tag des Urteilspruchs durch das Strafgericht in Damanhur als einen "traurigen Tag" und rief zum Gebet für die beiden Verurteilten auf. Es müsse so bald wie möglich Berufung eingelegt werden, forderte der Bischof laut einer Aussendung der Stiftung "Pro Oriente" am Sonntag.

In der Urteilsbegründung heißt es, dass die beiden Verurteilten "keine Skrupel hatten, ihr Verbrechen an einem heiligen Ort zu begehen, und dabei das Alter und den geistlichen Stand des Opfers nicht im mindesten in Betracht zogen". Dies habe den Mitgliedern des Gerichts jede Möglichkeit genommen, mildernde Umstände zu berücksichtigen. Nach Angaben des Ermittlungsleiters, General Khaled Abd-el-Hamid, hatten die beiden Täter bereits zweimal versucht, den Abt-Bischof zu töten. Das Strafgericht legt das Urteil nun dem ägyptischen Großmufti der Republik vor, ohne dessen Zustimmung eine Todesstrafe nicht rechtskräftig ist. Das Datum der endgültigen

Entscheidung wurde vom Gericht für den 24. April festgelegt.

Der Mord an dem 64-jährigen Abt-Bischof hatte sich am 29. Juli 2018 ereignet. Aus den Erhebungen der ägyptischen Sicherheits- und Justizbehörden ging hervor, dass es zwischen dem Abt und den beiden Tätern einen Streit gegeben hatte, dem finanzielle Gründe und mehrere Verstöße der Mönche gegen die Ordensregeln zugrunde lagen. Einer der beiden Mönche war im Rahmen eines langen kanonischen Prozesses von der Ordensgemeinschaft ausgeschlossen worden. Während des Gerichtsverfahrens erklärten sich die beiden Angeklagten weiterhin als schuldlos und zogen auch frühere Schuldbekennnisse zurück,

die angeblich durch psychologischen Druck der Ermittler erzwungen worden waren.

Bischof Epiphanius war eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der koptisch-orthodoxen Kirche und spielte auch im ökumenischen Dialog eine große Rolle. Er war 1984 in das bereits im 4. Jahrhundert gegründete berühmte Kloster im Wadi Natrun eingetreten. Die Mönche wählten ihn am 3. Februar 2013 mehrheitlich zu ihrem Abt. Er war ein Schüler des Mönchs Matta el Meskin - einer Schlüsselperson der jüngsten Geschichte der koptischen orthodoxen Kirche - und pflegte intensive Beziehungen zu Klostergemeinschaften der katholischen Kirche.

	
<p>IMPRESSUM:          Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller:          Institut "Katholische Presseagentur"          Chefredakteur &amp; Geschäftsführer: Paul Wuthe          Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Klingen,          Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Franz          Morawitz, Jennifer Mostögl, Johannes Pernsteiner,          Georg Pulling          Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551)          Tel: +43 (0)1 512 52 83   Fax: +43 (0)1 512 18 86          E-Mail an die Redaktion: <a href="mailto:redaktion@kathpress.at">redaktion@kathpress.at</a>          E-Mail an die Verwaltung: <a href="mailto:buero@kathpress.at">buero@kathpress.at</a>          Internet: <a href="http://www.kathpress.at">www.kathpress.at</a>          Bankverbindung: Schelhammer&amp;Schattera          Kto.Nr. 10.2343   BLZ 19190          IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW          DVR: 0029874(039)</p>	